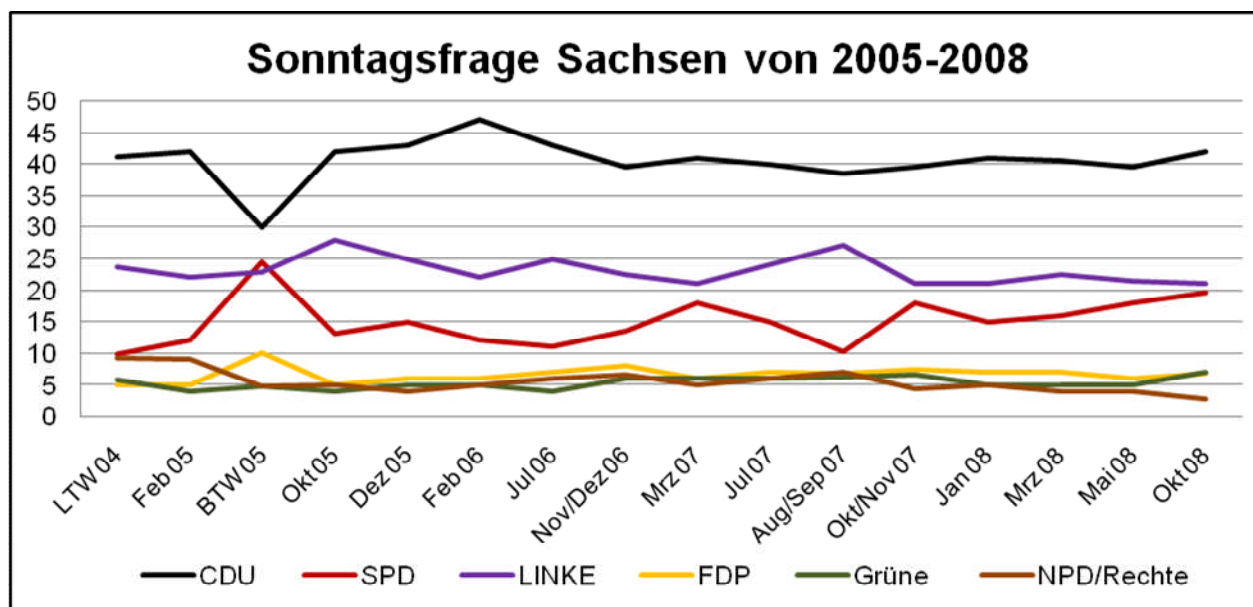


Vorbereitung der Wahlstrategie der LINKEN Sachsen 2009

Die nachfolgende Darstellung dient dem Zweck, für die zu erarbeitende Wahlstrategie der Linkspartei in Sachsen Hinweise zur Stärke und zum Verhältnis der politischen Parteien bzw. Lager sowie der politischen Stimmungslage zu geben.

I. Die Parteien im Vorfeld des Wahljahres 2009



Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm> / Eigene Berechnungen

Seit der Landtagswahl vom 19. September 2004 ist das sächsische Parteiensystem pluraler und weniger asymmetrisch. Die Union ist zwar weiterhin die stärkste Partei, doch beträgt ihr Vorsprung auf die Linkspartei nur noch rund 17,5 % und halbierte sich damit gegenüber der Landtagswahl 1999. Der Abstand zwischen dem Regierungslager und den Oppositionsparteien - ohne NPD - verringerte sich um 7 %, beträgt jedoch weiterhin noch 16,8 %.

Die Opposition aus Linkspartei, FDP und Grünen ist inhaltlich und politisch stark segmentiert. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu den beiden vorangegangenen Wahlperioden mit dem Gegensatzpaar einer CDU-Regierung und einer linken Opposition aus PDS und SPD, in der sich die Herkunft der PDS als Kooperationshemmnis erwies und auch als heutige LINKE bis weiterhin erweist.¹

In das Superwahljahr 2009 starten die im Landtag vertretenen demokratischen Parteien mit seit 2004 im Wesentlichen unveränderter Ausgangslage.

Die CDU

Einige Jahre früher als die CSU musste die erfolgsverwöhnte Sachsen-CDU im Ergebnis der Landtagswahl 2004 konstatieren, „*dass der oftmals beschworene Sachsenmythos wie eine Seifenblase zerplatzt ist. Mit dem historisch einmaligen Einbrechen bei dieser Landtagswahl ist klar, dass die sächsische Union keine CSU des Ostens ist.*“²

¹ Benjamin-Immanuel Hoff 2006, Die Linkspartei.PDS in der sächsischen Landespolitik. Studie, in: rls-papers, S. 2f.

² Roland Wöller/Michael Kretschmer/Christian Piwarz 2004, Analyse der Landtagswahl 2004 in Sachsen. Vorschläge für ein erfolgreiches Wahlkampfmanagement und eine moderne Parteiarbeit, S. 6.

Strategisch hat sich die sächsische CDU selbstredend von der Option einer Alleinregierung nicht endgültig verabschiedet. Sie hat jedoch mit Blick auf den Erdrutsch vom 19. September 2004 eine Modifikation ihrer Handlungsoptionen vorgenommen und will künftig „ihre Chance nutzen, durch sachkompetente Politik mit Zukunftsvisionen und popularitätssichernder Bodenhaftung zu einer langfristig dominierenden Volkspartei zu werden, die das Land über Jahrzehnte hinweg gestalten und an die Spitze bringen kann“.³

Schauen wir noch einmal zurück: Bei der Landtagswahl 2004 verlor die CDU sowohl bei den Erststimmen (-12%) als auch bei den Zweitstimmen (-15,8%) zweistellig. Sie blieb damit zwar mit Abstand stärkste Partei in Sachsen, verfehlte aber die absolute Mehrheit und ist seitdem auf einen Koalitionspartner angewiesen.

Seit 2004 ist es der CDU in keiner Umfrage gelungen, die 50%-Marke zu überschreiten. Im Gegenteil: sie hat mehrfach die 40%-Grenze unterschritten. Sie wird deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder die stärkste Partei im Landtag bleiben und ihr Ziel, den Ministerpräsidenten zu stellen, nur mit einem hinreichend potenten Koalitionspartner erreichen können.

Tabelle: Ergebnisse der CDU bei Landtags- und Bundestagswahlen seit 1990

| Wahl | Erststimmen | % | Zweitstimmen | % |
|----------|-------------|------|--------------|------|
| LTW 1990 | 1.332.595 | 51,1 | 1.417.332 | 53,8 |
| BTW 1990 | 1.396.508 | 50,5 | 1.376.055 | 49,5 |
| LTW 1994 | 1.015.138 | 50,4 | 1.199.833 | 58,1 |
| BTW 1994 | 1.302.187 | 51,2 | 1.229.313 | 48,0 |
| BTW 1998 | 1.063.306 | 36,9 | 945.199 | 32,7 |
| LTW 1999 | 1.144.041 | 53,6 | 1.231.254 | 56,9 |
| BTW 2002 | 956.359 | 37,0 | 868.167 | 33,6 |
| LTW 2004 | 854.219 | 41,6 | 855.203 | 41,1 |
| BTW 2005 | 940.306 | 35,5 | 794.316 | 30,0 |

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Die sächsische Union hat sich in den Augen der Wählerinnen und Wähler vor allem ein Profil als Landespartei erarbeitet, während die Zustimmungsraten bei Bundestagswahlen seit der Bundestagswahl 1998 sich vom Landestrend abkoppelten, wie aus nachstehender Tabelle abzulesen ist.

Tabelle: Vergleich Zweitstimmenergebnisse der CDU bei Landtags- und Bundestagswahlen (in %)

| LTW | 1990 | 1994 | 1999 | 2004 | |
|-----|------|------|------|------|------|
| | 50,8 | 50,4 | 53,6 | 41,1 | |
| BTW | 1990 | 1994 | 1998 | 2002 | 2005 |
| | 49,5 | 48 | 32,7 | 33,6 | 30 |

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Es kann vermutet werden, dass gerade in Sachsen bei den BT-Wahlen 1990 und 1994 der Kohl-Bonus („Kanzler der Einheit“) für die hohe Zustimmungsraten der Union verantwortlich zeichnete, während sich bei der Bundestagswahl 1998 die Stimmengewinne der Sozialdemokratie, insbesondere in Ostdeutschland, auch im sächsischen Wahlergebnis widerspiegeln werden.

³ CDU-Sachsen 2004, Zukunft durch Erneuerung. Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen. Diskussionsentwurf der Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Parteiarbeit, S. 15.

Infratest-dimap wies jedoch bereits in seiner Auswertung der Landtagswahl 2004 auf einen längerfristigen Wahltrend der sächsischen Union hin, der auch nach 2004 fortsetzte. Mit der Landtagswahl 1999 scheint die CDU ihren Zenit überschritten zu haben, denn nicht nur bei der Bundestagswahl, sondern auch bei der Europa- und den Kommunalwahlen konnte sie nicht mehr wie ehemals jede/n zweite/n Wähler/-in erreichen, sondern nur rund 1/3 bis 40% der Wähler/-innen für sich gewinnen.

Tabelle: Stimmenergebnisse der CDU bei den Wahlen seit 1999 (in %)

| LTW 1999 | BTW 2002 | EW 2004 | KW 2004 | LTW 2004 | BTW 2005 |
|----------|----------|---------|---------|----------|----------|
| 56,9 | 33,6 | 36,5 | 38,4 | 41,1 | 30 |

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Die Landtagswahl 2004 stellte auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Erst- und Zweitstimmen einen Trendwechsel für die Union dar. Während es der CDU mit dem populären Landesvater Biedenkopf gelang, bei allen Landtagswahlen seit 1990 mehr Zweit- als Erststimmen zu erreichen, ging dieses Muster eines Erststimmen-Plus mit dem Wechsel zu Milbradt verloren.

In die Wahlkämpfe des Jahres 2009 startet die Union von einer problematischen Buckelpiste statt einer nunmehr knapp 20 Jahre gepflegten Startbahn. Bereits die vergangene Wahlperiode verlief für die CDU alles andere als reibungslos. Im Jahr 2000 musste Justizminister Heitmann seinen Hut nehmen, 2001 wurde Milbradt von Biedenkopf entlassen. Dennoch beerbte ihn Milbradt als Ministerpräsident. Im Jahr 2003 geriet dann noch die damalige Sozialministerin Weber in die Schlagzeilen.

Obwohl es Milbradt während des Hochwassers 2002 gelang, sich als Macher zu präsentieren, fuhr die Union mit ihm ihre größte Wahlniederlage ein.

Auch seit 2004 konnte Milbradt nicht annähernd die Zustimmungsraten erreichen, die Biedenkopf als personifizierter Landesvater auf sich vereinigte. So hielten ihn Anfang 2008 gerade einmal 59% für sympathisch und 58% gaben an, ihm zu vertrauen. Bürgernah schätzten ihn weniger als jeder zweite Sachse ein (46%). Bei den CDU-Anhänger/-innen lag die Bewertung der Bürgernähe naturgemäß höher (64%) als bei den Anhänger/-innen des Koalitionspartners, die ihn nur zu 39% für bürgernah einschätzten.⁴

Im Zusammenhang mit dem Skandal um die Landesbank verlor im Jahr 2008 Milbradt letztlich die Rückendeckung seiner eigenen Partei, die Stanislaw Tillich als Ministerpräsidenten installierte. Bereits im Januar 2008 fand nur knapp jeder zweite befragte Sachse, dass sich der Ministerpräsident Milbradt in der Sachsen LB-Krise richtig verhalten hätte (46%), während 23% sein Verhalten eher falsch fanden und knapp ein Drittel (31%) angaben, dies nicht zu wissen.⁵

Tillich leitete ein Revirement in der Staatsregierung ein. Darüber hinaus wechselte die Sozialministerin Helma Orosz als Oberbürgermeisterin in die Landeshauptstadt.

Die Union hofft, dass es ihr mit dem Wechsel von Milbradt zu Tillich gelingt, Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zurückzugewinnen. Die Basis dafür ist durchaus vorhanden, denn während im Mai 2008 nur 20% der von Infratest-dimap befragten Bürger/-innen nicht die Auffassung vertraten, dass Tillich ein guter Nachfolger für Milbradt sei, waren 59% die Meinung, dass er dies sei.⁶

Bemerkenswert bei dieser Aussage waren die Meinungen der Anhänger/-innen der anderen Parteien. Befragt nach der Bilanz der Tätigkeit Milbradts vertraten Grüne (57%) und Linke (62%) die Auffassung, dass Milbradt seine Arbeit weniger gut bis schlecht gemacht habe.

⁴ tns-empid 2008, Politflash zur politischen Situation im Freistaat Sachsen, Januar 2008.

⁵ tns-empid 2008, a.a.O.

⁶ Infratest-dimap 2008, SachsenTREND Mai 2008.

Auch bei der SPD (46%) und der FDP (42%) war die Kritik an Milbradt im Vergleich zur CDU (25%) deutlich.

Bezogen auf Tillich waren die Anhänger/-innen aller demokratischen Parteien der Auffassung, dass dieser ein guter Nachfolger bzw. ein fähiger Ministerpräsident sein würde. Naturgemäß lag die CDU (79%) dabei an der Spitze, überraschend gefolgt von den Grünen (73%). Während auf Platz 3 die Linke (58%) folgt, ist die Zustimmung der Anhänger/-innen des Koalitionspartners SPD (55%) eher schaumgebremst, während die FDP mit 49% am zurückhaltensten ist.

Regional schnitt die Union 2004 im Umfeld von Dresden am besten ab. In den beiden Weißeritzkreisen erhielt sie bei der Landtagswahl 48%. Abgesehen von Dresden stellen die Städte für die Union eher Probleme dar. In Leipzig z.B. erhielt die Union nur ein Drittel der Zweitstimmen.⁷

Dass der Einfluss der Union in den Groß- und Mittelstädten Sachsens schwindet, wurde nach der LTW 2004 auch von der Union selbst konstatiert: Es gäbe einen sich aus den kommunalen Wahlen seit 2001 fortsetzenden Trend, dass die CDU insbesondere in den großen Städten teilweise empfindliche Verluste hinnehmen musste.⁸ Die kommunalen Wahlergebnisse in Leipzig und Chemnitz aber auch z.B. Hoyerswerda haben dies bestätigt.

Die SPD

Die Landtagswahl 2004 war mehr noch als für die Union ein Desaster für die SPD. Erneut erlitten die Sozialdemokraten eine historische Niederlage. Nachdem sie bereits 1999 ihr bis dahin schlechtestes Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte erzielten, erreichten sie bundesweit einmalig bei dieser Landtagswahl nicht einmal ein zweistelliges Ergebnis. Noch dazu mussten die bereits derart Gedemütigten zur Kenntnis nehmen, dass die NPD in gleicher Prozentstärke in den Landtag einzog.

Der Misserfolg der sächsischen SPD bestand und besteht darin, dass sie sowohl auf der Personen- wie auch auf der Politikebene als profillos wahrgenommen wird. Ein Blick zurück auf die Landtagswahl 2004: „In keinem Politikfeld trauten ihr im Vorfeld der Wahl mehr als 15 Prozent der Sachsen die Lösung eines Problems zu. (...) Ihr Spitzenkandidat Thomas Jurk konnte nur 11 Prozent der Wähler von sich überzeugen. Selbst in der eigenen Anhänger-schaft votierten nur 31 Prozent für Jurk.“⁹

Tabelle: Ergebnisse der SPD bei Landtags- und Bundestagswahlen seit 1990

| Wahl | Erststimmen | % | Zweitstimmen | % |
|----------|-------------|------|--------------|------|
| LTW 1990 | 459.140 | 17,6 | 502.722 | 19,1 |
| BTW 1990 | 504.416 | 18,2 | 505.176 | 18,2 |
| LTW 1994 | 453.122 | 22,5 | 342.706 | 16,6 |
| BTW 1994 | 597.370 | 23,5 | 621.620 | 24,3 |
| BTW 1998 | 919.130 | 31,9 | 842.329 | 29,1 |
| LTW 1999 | 303.892 | 14,2 | 232.311 | 10,7 |
| BTW 2002 | 838.614 | 32,5 | 861.685 | 33,3 |
| LTW 2004 | 233.593 | 11,4 | 204.438 | 9,8 |
| BTW 2005 | 666.707 | 25,2 | 649.807 | 24,5 |

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

⁷ Infratest-dimap 2004, WAHLREPORT Landtagswahl in Sachsen. 19. September 2004, S. 38.

⁸ Wöller et al, a.a.O., S. 2.

⁹ Viola Neu 2004, Landtagswahl in Sachsen am 19.9.2004. Wahlanalyse, KAS-Onlinepublikation, S. 5.

Auch in das kommende Wahljahr startet die SPD ohne populäre Kandidat/-innen, die in der Lage sind, die Partei authentisch nach außen zu vertreten und ihr ein Gesicht zu geben. Der frühere Hoffnungsträger der sächsischen SPD und vormalige Oberbürgermeister von Leipzig, Wolfgang Tiefensee ließ sich bei der vorangegangenen Wahl wegen der Olympiabewerbung nicht zu einer Spitzenkandidatur überreden, wechselte nach der Bundestagswahl 2005 ins Bundeskabinett und konnte dort nicht überzeugen. Er fällt als Hoffnungsträger weitgehend aus, spätestens nach der aktuellen Affäre um die Bahn-Boni und sein glückloses Agieren beim Bahnbörsengang.

Bei der im Sommer 2008 im Auftrag der Staatsregierung Sachsen durchgeführten Befragung gaben zwar 95% an, Wolfgang Tiefensee zu kennen, aber bei einer Bewertung seiner Leistung erreichte er auf eine Skala von -5 bis +5 mit 1,0 das gleiche Ergebnis wie Thomas Jurk (SPD), aber weniger als die CDU-Politiker/-innen Stanislaw Tillich (1,6), Angela Merkel (1,4), Thomas de Maiziere und Helma Orosz (1,1).

Nachwuchshoffnung macht jedoch auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Dulig nicht. Er rangiert in der gleichen Umfrage, bei der rund ein Drittel der Sachsen angab ihn zu kennen (33%), bei der Zustimmung faktisch auf dem letzten Platz (0,2), wenn vom NPD-Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel (-3,0) einmal abgesehen wird.¹⁰

In einer Umfrage der LINKEN vom Frühjahr 2008 geben nur 19% der Befragten an, ihn zu kennen, bewerten ihn jedoch mit André Hahn besser als die meisten anderen Politiker/-innen Sachsens, was in diesem Falle vermutlich dem Befragungsdesign zuzuschreiben ist.

Tabelle: Stimmenergebnisse der SPD bei den Wahlen seit 1999 (in %)

| LTW 1999 | BTW 2002 | EW 2004 | KW 2004 | LTW 2004 | BTW 2005 |
|----------|----------|---------|---------|----------|----------|
| 10,7 | 33,3 | 11,9 | 13,6 | 9,8 | 24,5 |

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Insgesamt vermochte es die landespolitisch traditionell glücklose SPD im Laufe dieser Wahlperiode nicht, aus der Regierungsbeteiligung Honig zu saugen und sich zu konsolidieren. Obwohl bereits im Juni 2005 verfasst, ist die Bewertung des Vizevorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Brangs, bis heute zutreffend, dass der SPD in der Regierung „die Besetzung inhaltlicher Schwerpunkte nicht im gewünschten Maße gelungen ist. In der Öffentlichkeit besitzt die SPD in Sachsen, außer im derzeit problematischen Bereich der Bildungspolitik, zu wenig inhaltliches Profil. Vielmehr wird sozialdemokratische Politik einseitig als Fortschreibung konservativer Regierungsarbeit empfunden, unabhängig vom erfolgreichen Einstieg der beiden SPD-Minister und des Engagements der gewählten Abgeordneten“.¹¹

Die SPD wird aller Voraussicht wie 2004 mit einem für die SPD ungünstigen bundespolitischen Klima und den genannten landespolitischen Defiziten zu kämpfen haben.

Tabelle: Vergleich Zweitstimmenergebnisse der SPD bei Landtags- und Bundestagswahlen (in %)

| LTW | 1990 | 1994 | 1999 | 2004 | |
|-----|------|------|------|------|------|
| | 19,1 | 16,6 | 10,7 | 9,8 | |
| BTW | 1990 | 1994 | 1998 | 2002 | 2005 |
| | 18,2 | 24,3 | 29,1 | 33,3 | 24,5 |

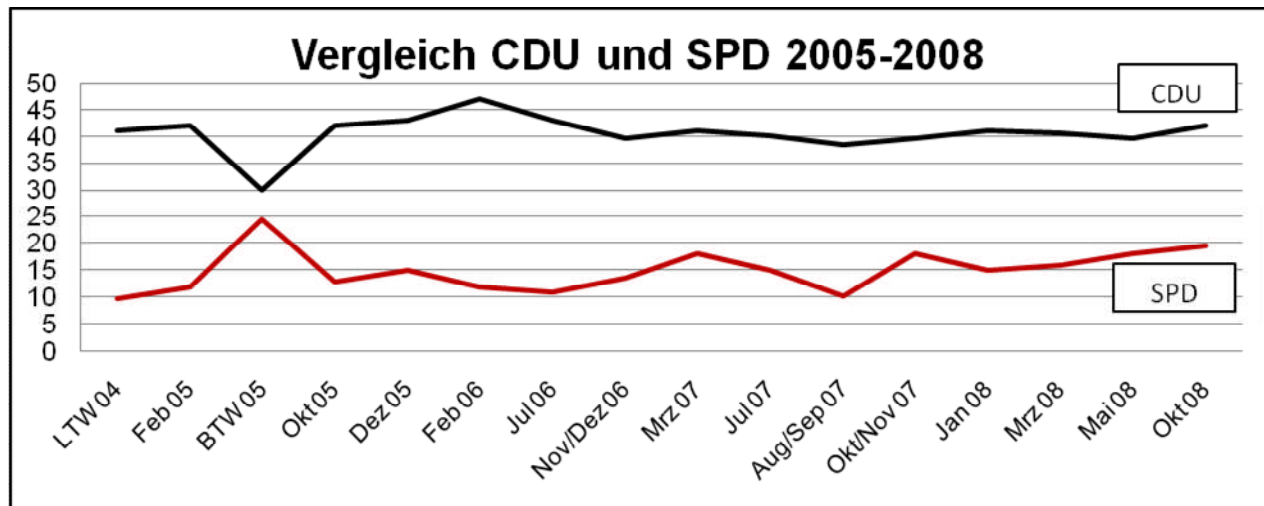
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen

Zu erwarten ist, dass die SPD im kommenden Jahr ein ambivalentes Fazit der Wahlen ziehen wird. Während sie gute Chancen haben wird, bei der Bundestagswahl nah an die Union heranzurücken und mit der LINKEN um den zweiten Platz zu konkurrieren, wird sie bei

¹⁰ Aproxima 2008, Sachsen im Spiegel der Bevölkerungsmeinung. Ergebnisse der Sommerumfrage 2008: Sonntagsfrage und Zufriedenheit.

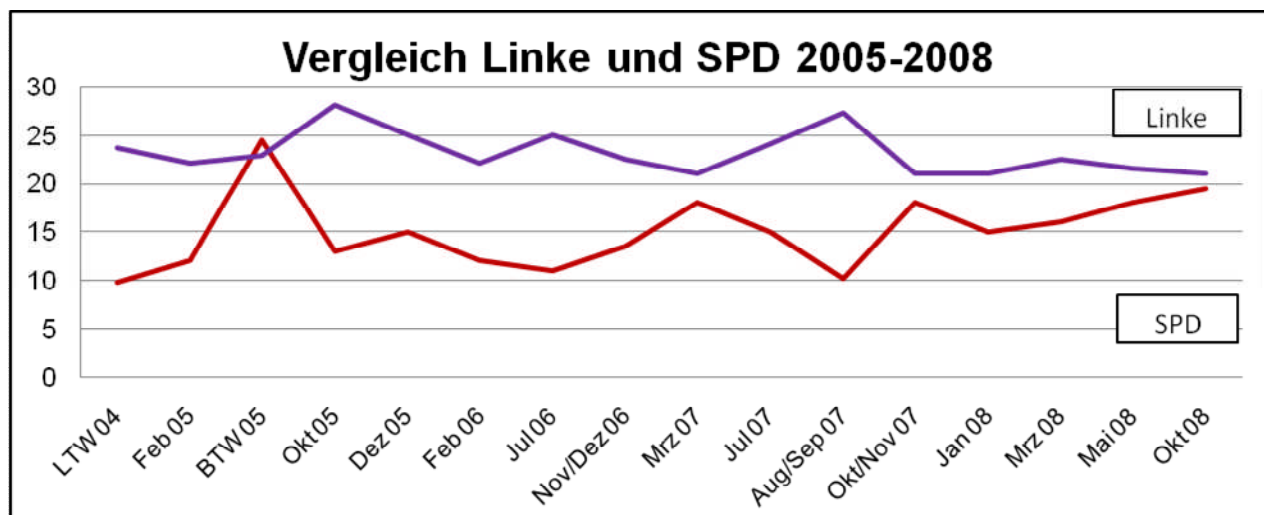
¹¹ Stefan Brangs 2005, Zwischen Volkpartei und 'kleinem' Koalitionspartner – Anspruch, Wirklichkeit und Perspektive der sächsischen Sozialdemokratie. Diskussionspapier, S. 1.

den weiteren Wahlen auf dem dritten Rang, deutlich hinter Union und LINKEN rangieren. Die SPD Sachsens bekommt insoweit alle vier Jahre eine politische Bedeutung als Stimmenbeschaffer für die Bundes-SPD zugewiesen. Diese Stimmen sind jedoch nicht als Wählerpotenzial der Sachsen-SPD zu verstehen, sondern der Erfahrung nach viel eher als Leihstimmen für sozialdemokratische Bundespolitik.



Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm> / Eigene Berechnungen

Dass es der SPD in Sachsen nicht gelungen ist, die Regierungsbeteiligung für einen Einbruch in das bürgerliche Lager zu nutzen und die Enttäuschung der CDU-Anhänger/-innen in Zustimmung umzumünzen wird aus obenstehender Grafik ersichtlich. Vom Zeitraum Oktober 2005 bis Oktober 2006 einmal abgesehen, verhalten sich SPD und Union in Sachsen weitgehend synchron in Zustimmung und Ablehnung. Aus der Schwäche der einen Partei resultiert keine Stärke auf der anderen Seite. Ein Ergebnis, das sich bemerkenswert von z.B. Thüringen unterscheidet, wo Union und SPD in einem engen Austauschprozess der Anhänger/-innenschaft stehen, die elektorale Konkurrenz also wesentlich höher ist.



Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm> / Eigene Berechnungen

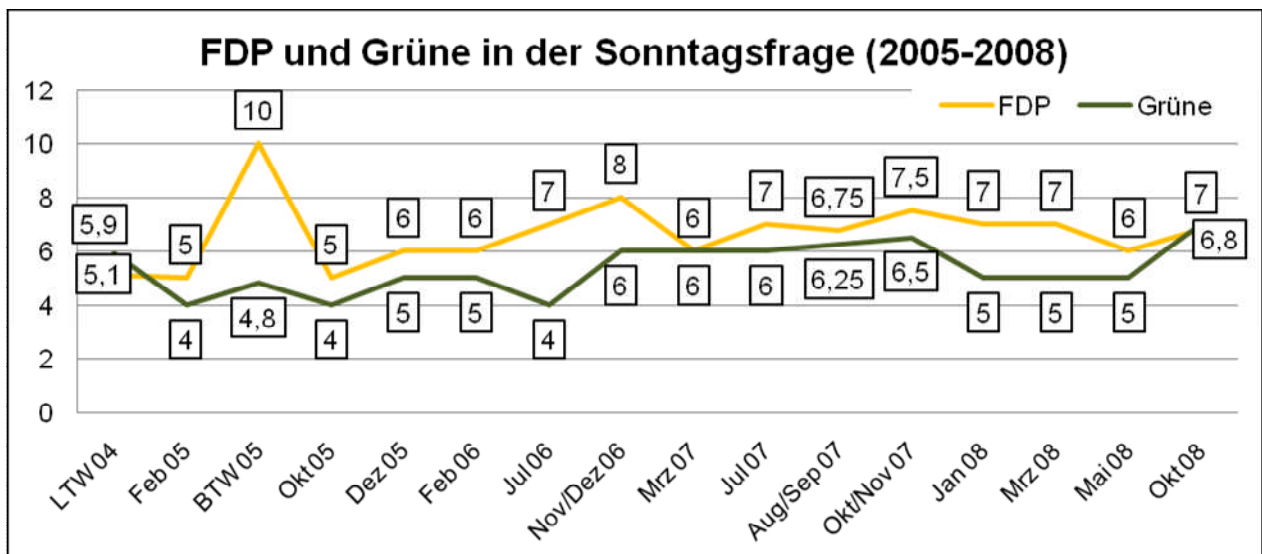
Ein Vergleich zwischen Linken und SPD hingegen macht deutlich, dass die Konkurrenz zwischen diesen beiden Parteien wesentlich ausgeprägter ist. Vom statistischen Ausreißer der Bundestagswahl 2005 einmal abgesehen, scheint die Stärke der einen Partei die Schwäche der anderen Partei zu bedingen und umgekehrt. Für die politischen Lager in Sachsen bedeutet dies, dass ein Austausch weniger zwischen den Lagern als innerhalb der Lager stattfindet. Eine Mehrheitsbildung im Sinne einer Ablösung der Union und der

Schaffung einer mindestens rot-rot-grünen, wenn nicht rot-roten Regierung erfordert demnach, das bürgerliche Lager zu schwächen und eine Wechselstimmung zu erzeugen.

Regional ist die SPD im Nordwesten Sachsens stark und ihre Hochburg ist Leipzig. Vergleichsweise schwach schneidet sie dagegen im Südosten ab. In den Wahlkreisen Löbau-Zittau 1 und Sächsische Schweiz 2 erhielt die Partei 2004 weniger als 6%.¹²

FDP und Grüne

Dass die Grünen und die Liberalen 2004 in den Landtag einzogen lag weniger an deren landespolitischer Kompetenz als am Bedürfnis der sächsischen Wähler/-innen, eine schlagkräftige Opposition im Landtag vertreten zu haben.¹³



Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm> / Eigene Berechnungen

Weder wurde den beiden Parteien eine besonders große ostdeutsche Kompetenz zugesprochen, noch gab es den ausgeprägten Wunsch, sie in die Regierung zu entsenden. Sie bekamen von den Wähler/-innen im Vorfeld der LTW 2004 vielmehr die Rolle von Funktionsparteien zugesprochen.

Dabei wurden die Grünen durchaus positiver bewertet. Ihr Landtagseinzug verdanken sie der gestiegenen Bedeutung der Umweltpolitik im Bewusstsein der Bürger/-innen und der Tatsache, dass 59% meinten, dass es eine Partei bräuchte, die sich stärker für bessere Umweltbedingungen einsetze. Zudem meinten 60% der Wähler/-innen, dass die Grünen wichtig für eine gute Oppositionspolitik im Landtag seien.

Demgegenüber waren nur 30% der Wähler/-innen der Auffassung, dass die FDP frischen Wind in die sächsische Politik bringen würde. Vielmehr verneinten dies 60% der Befragten. Aber 43% der Wähler/-innen waren der Meinung, dass eine starke FDP wichtig sei, damit eine bürgerliche Mehrheit aus CDU und FDP gesichert sei, sollte die Union keine eigene Regierungsmehrheit mehr auf die Beine stellen. Andererseits überwog mit 48% auch hier die Skepsis bei allen Befragten. Unter allen befragten CDU-Anhänger/-innen wurde diese Aufgabe der FDP mit 59% hingegen deutlich bejaht.¹⁴

Beide Parteien konnten bei der LTW 2004 von einer Mobilisierung im Nichtwähler/-innenlager, dem Austausch mit anderen Parteien (die Grünen eher von den Nichtwähler/-innen sowie die FDP insbesondere von der CDU und den Nichtwähler/-innen) profitieren.

¹² Infratest-dimap 2004, a.a.O., S. 38.

¹³ Infratest-dimap 2004, a.a.O., S. 84f..

¹⁴ Infratest-dimap 2004, ebd..

Die Hochburgen der Grünen liegen eindeutig in den beiden Universitätsstädten Dresden und Leipzig, deren Bevölkerungszahl für den gesamten Freistaat erheblich ist und wo die Grünen ein Stimmenniveau von etwa 10% erzielen. Unter den 15 besten Grünen-Wahlkreisen finden sich – abgesehen von einem Meißener und zwei Chemnitzer Wahlkreisen – nur Wahlkreise aus Dresden und Leipzig. In der Fläche und insbesondere in Regionen mit mittlerer und niedriger Bevölkerungszahl haben es die Grünen deutlich schwerer.¹⁵

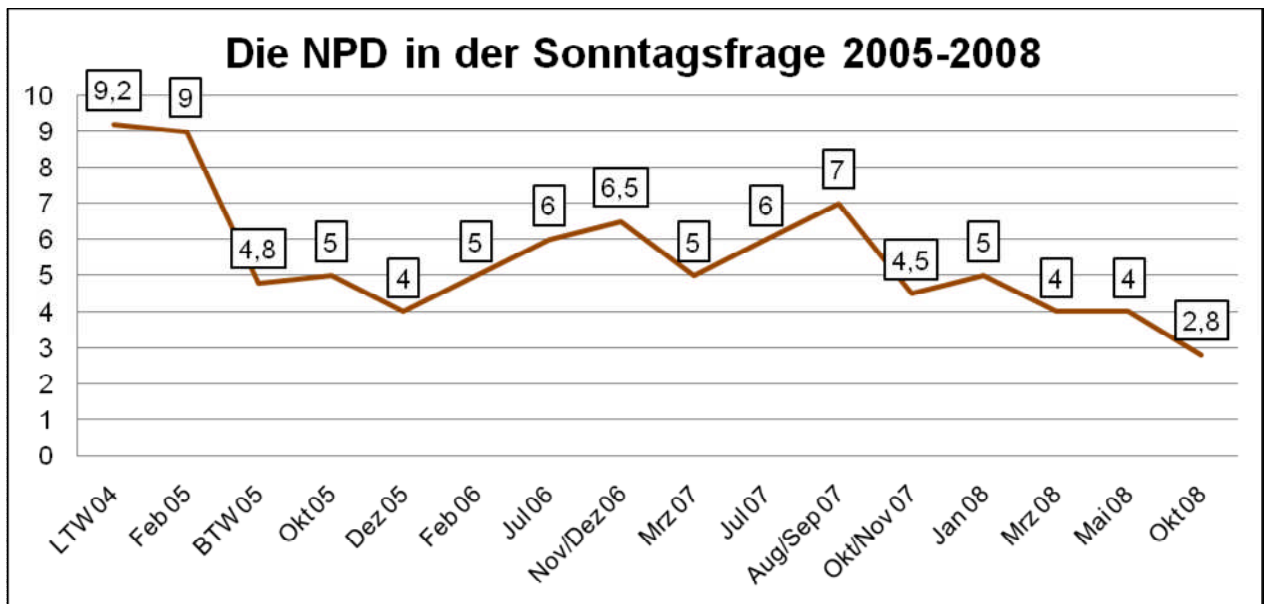
In den Sonntagsfragen ist es der FDP deutlich besser gelungen als den Grünen, sich oberhalb der 5%-Hürde zu positionieren. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Liberalen auch im kommenden Landtag mit einem Ergebnis zwischen 5% und 8% vertreten sein werden.

Für die Grünen könnte die kommende Landtagswahl zu einer Zitterpartie werden. Welche Rolle das Abschneiden der SPD für ein grünes Wahlergebnis spielen würde, ist derzeit nicht abzuschätzen. Zum einen kann in den neuen Bundesländern im Unterschied zu den westlichen Bundesländern nicht von einem gewachsenen rot-grünen Milieu ausgegangen werden. Dies liegt begründet in:

- der spezifischen Geschichte der ostdeutschen Grünen als Bündnis 90,
- ihrer Ausnahmerolle im ostdeutschen parlamentarischen System,
- den unterschiedlichen politischen Milieus in West und Ost (vgl. die Stärke der LINKEN).

Die NPD

Bei der LTW 2004 votierten insgesamt 190.909 sächsische Wähler/-innen für die rechtsextreme NPD. Dies entsprach einem Zuwachs von 161.316 Stimmen im Vergleich zur LTW 1999, bei der die Nationaldemokraten 1,4% erhielten. Die NPD erhielt damit das beste Resultat einer rechtsextremen Partei im Nachkriegssachsen und das zweitbeste Resultat für eine rechtsextreme Partei in Ostdeutschland seit der Wende.



Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm> / Eigene Berechnungen

Der elektorale Erfolg der NPD begründete sich insbesondere in der Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler/-innen (+65.000) sowie durch einen Wähler/-innenaustausch mit allen anderen Parteien außer den Grünen (+63.000). Der größte Anteil kam von der CDU (+39.000). Darüber hinaus konnte die NPD vor allem bei den Erstwähler/-innen punkten (27.000). Dort erreichte sie ein dreimal höheres Ergebnis (21%).

¹⁵ Infratest-dimap 2004, a.a.O., S. 38f..

Die Wähler/-innen der NPD sind insbesondere männlich. In allen Altersgruppen liegen die männlichen Stimmergebnisse im Schnitt drei bis vier Prozent vor den weiblichen Stimmen. Sortiert nach Tätigkeitsmerkmalen setzte sich die Wähler/-innenklientel insbesondere aus Arbeiter/-innen (17%), Arbeitslosen (16%) sowie Auszubildenden (10%) zusammen. Die Zustimmung von Angestellten/Beamten, Selbständigen und Rentnern ist unterdurchschnittlich, selbst wenn die NPD auch in diesen Gruppen – mit Ausnahme der Rentner (4%) die „5%-Hürde“ überwinden konnte.¹⁶

Regional betrachtet gab es bei der LTW 2004 einen klaren Zusammenhang zwischen CDU-Verlusten und NPD-Gewinnen. Von den 15 Wahlkreisen mit den stärksten Zunahmen für die Rechtsextremen gehörten 6 zu den 15 größten Verlustwahlkreisen der CDU. Zudem lagen die NPD-Zuwächse in den 15 stärksten CDU-Verlustwahlkreisen mit 9,1% über dem Landeswert (+7,8%).

Die Hochburgen der NPD liegen in der Region Oberlausitz/Niederschlesien im Südosten Sachsens, im Süden im oberen Erzgebirge sowie nördlich an der Grenze zu Brandenburg (Torgau, Riesa). In der Sächsischen Schweiz erzielte die NPD im Wahlkreis 2 mit 15,1% ihr bestes Ergebnis. Daran schlossen sich Annaberg (14%) und Riesa-Großenhain 2 (13,9%) an. Die NPD erzielt ihre Erfolge in den Klein- und Mittelstädten, nicht jedoch in den Großstädten, wie z.B. Dresden und Leipzig, in denen sie deutlich unterhalb ihres Landesergebnisses verbleibt, auch wenn sie dort Stimmenzuwächse verbuchen kann.¹⁷

Die o.a. Grafik zeigt das Abschneiden der NPD in den Sonntagsfragen. Deutlich wird daraus, dass es der NPD in keiner dieser Umfragen gelungen ist, ihr Wahlergebnis von 2004 zu bestätigen. Die Gründe dafür können vielfältig sein, eine Entlastung im Sinne einer gesicherten Annahme, dass die NPD den Einzug in den kommenden Landtag verfehlen könnte, ist daraus in keinem Falle abzulesen:

- Obwohl die NPD im Landtag vertreten ist, gilt weiterhin die Erkenntnis der Wahlforschung, dass es einen Schameffekt bei befragten Bürger/-innen gibt, sich in einer Umfrage zur Wahl von Rechtsextremen zu bekennen.
- Aus den jüngeren US-amerikanischen Wahlumfragen haben wir gelernt, dass die Telefonumfragen der Institute ausschließlich auf Festanschlüssen durchgeführt werden. Zunehmend mehr, insbesondere jüngere Menschen, verfügen auch in Deutschland nur noch über ein Mobiltelefon. Wenn wir wissen, dass es insbesondere die 18-25jährigen sind, die die NPD wählen, ist nicht gesichert, inwieweit diese Gruppe adäquat erfasst wird.
- Bis zum September 2004 wurde mit einer Ausnahme in keiner der entsprechenden Umfragen der NPD oder rechten Parteien allgemein ein Stimmenvolumen von über 4% eingeräumt.¹⁸

¹⁶ Infratest-dimap 2004, a.a.O., S. 49ff.

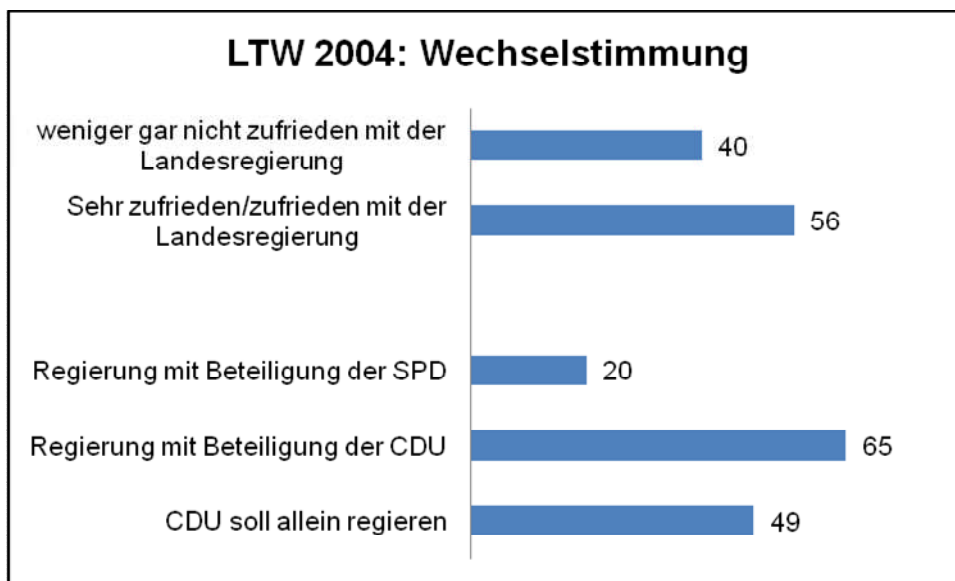
¹⁷ Infratest-dimap 2004, a.a.O., S. 39.

¹⁸ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm>.

II. Die politische Stimmung in Sachsen ein Jahr vor der Landtagswahl

Wechselstimmung

Obwohl das Kabinett Milbradt im Vorfeld der Landtagswahl 2004 deutlich weniger Zustimmungswerte erreichte als fünf Jahre zuvor das Kabinett Biedenkopf, war eine wirksame Wechselstimmung innerhalb der Bevölkerung nicht zu spüren. Obwohl die Zufriedenheit mit der Landesregierung ggü. 1999 von 68% auf 56% absank und dementsprechend die Unzufriedenheit von 28% auf 40% anstieg, vertrat 2004 fast jede/r zweite Bürger/-in Sachsens (49%), befragt nach der besten Regierungskonstellation, die Meinung, dass die Union allein weiter regieren sollte. Knapp zwei Drittel der Sachsen (65%) wünschten sich nach der Wahl eine Regierungskonstellation unter Einschluss der Union.¹⁹



Quelle: Infratest-dimap 2004 / eigene Darstellung

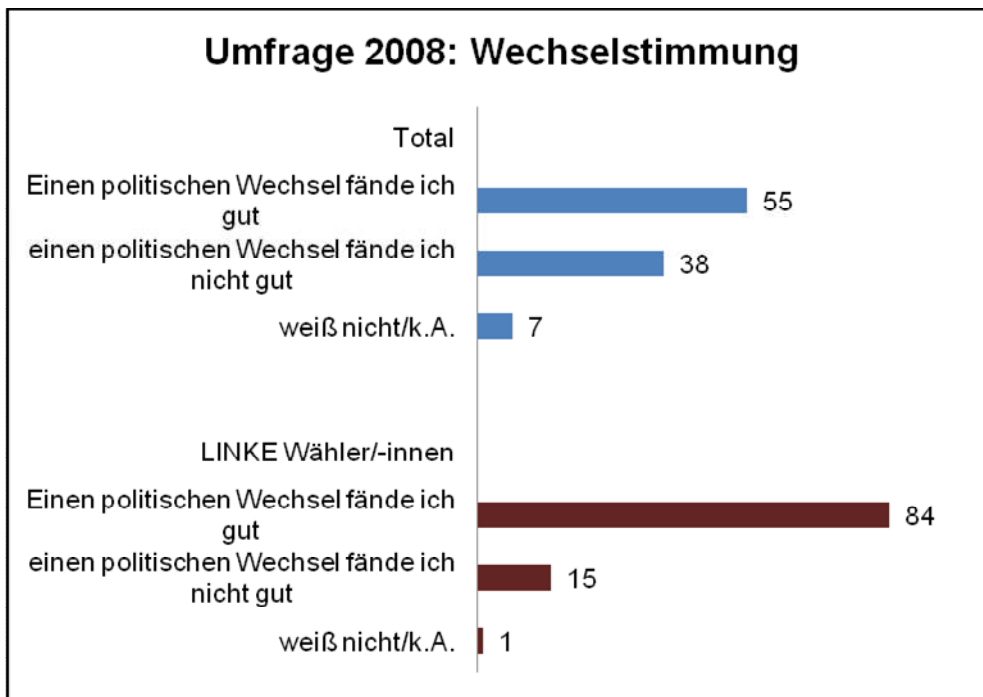
Setzt man diese Ergebnisse des Jahres 2004 ins Verhältnis zu den Erkenntnissen der von der sächsischen Linkspartei in Auftrag gegebenen Sachsen-Umfrage bei tns-emnid²⁰ vom Frühjahr 2008, also noch vor dem Eintreten der Finanzkrise, so muss die schwarz-rote Koalition von stärkerem Gegenwind ausgehen.

Mehr als 55% der befragten sächsischen Bürger/-innen sprachen sich für einen landespolitischen Wechsel aus. Nur rund ein Drittel (38%) sprach sich gegen einen Wechsel im Freistaat aus.

Bei den Wähler/-innen der LINKEN fällt die Wechselstimmung naturgemäß stärker aus. Knapp 85% der befragten sächsischen Wähler/-innen wünschen sich einen Wechsel im Freistaat.

¹⁹ Infratest-dimap 2004, a.a.O., S. 72, 99.

²⁰ tns-emnid 2008, Sachsen-Umfrage im Auftrag der Partei DIE LINKE., März 2008.



Quelle: tns-ernid 2008 / eigene Darstellung

Die im Auftrag der Staatsregierung erhobenen Daten der politischen Stimmung ein Jahr vor der Landtagswahl²¹ im Vergleich zum Jahr 2007 stehen dem nicht entgegen. Alle Parteien verharren im Wesentlichen auf dem gleichen Niveau, die Veränderungen bewegen sich im Rahmen der Fehlertoleranz.

Erfolg oder Misserfolg eines politischen Wechsels hängen davon ab, wie es denjenigen demokratischen Parteien, die nicht zum bürgerlichen Lager gehören, gelingt, Nichtwähler/-innen zu mobilisieren. Die Wahlbeteiligung im Jahr 2004 lag im Sommer zur Europa- und Kommunalwahl unter 50% und erreichte damit jeweils ein sächsisches Rekordtief. Zwar beteiligten sich bei der Landtagswahl mit 59,6% wieder mehr sächsische Bürger/-innen an der Wahl, doch lag auch diese Wahlbeteiligung unterhalb der von 1999 (61,1%), wenn auch oberhalb der Wahlbeteiligung von 1994 (58,4%)

Infratest-dimap stellte in seiner Wahlauswertung 2004 fest, dass die Zahl der Nichtwähler/-innen seit 1994 größer als die der Wähler/-innen der CDU ist. Bei der LTW 2004 ging die Schere aber soweit auseinander wie nie zuvor: 40,4% aller Wahlberechtigten nahmen an der Landtagswahl nicht teil. Nur 24,1% aller Wahlberechtigten, also nur jede/r Vierte stimmte für die Union, und auch die damalige PDS erreichte, bezogen auf alle Wahlberechtigten, nur 13,8%, also gerade jede/n siebte/n Wahlberechtigte/n.

Motivation der Wahlentscheidung: Bundes- oder Landespolitik

Seit Herbst dieses Jahres nimmt die weltweite Finanzkrise einen zunehmenden Raum in der medialen Berichterstattung ein. Allgemein wird von einer starken Wirkung der Finanzkrise auf die künftige Wirtschaftslage ausgegangen und es ist anzunehmen, dass die Wahlkämpfe zum Europaparlament und zum Bundestag vom Bemühen der Parteien geprägt sein werden, ökonomische und soziale Zukunftsfähigkeit nachzuweisen.

Gleichwohl kann angenommen werden, dass bei der Landtagswahl 2009, anders als bei der LTW 2004, bundespolitische Themen weniger dominant sein werden. Damals beherrschten bundespolitische Themen, insbesondere die Kontroverse um die Arbeitsmarktreformen und Hartz IV, die öffentliche Meinung. Je zur Hälfte gaben die im Vorfeld der LTW 2004 befragten Sachsen an, sich bei ihrem Abstimmungsverhalten überwiegend landespolitisch (51%) zu

²¹ Aproxima 2008, a.a.O.

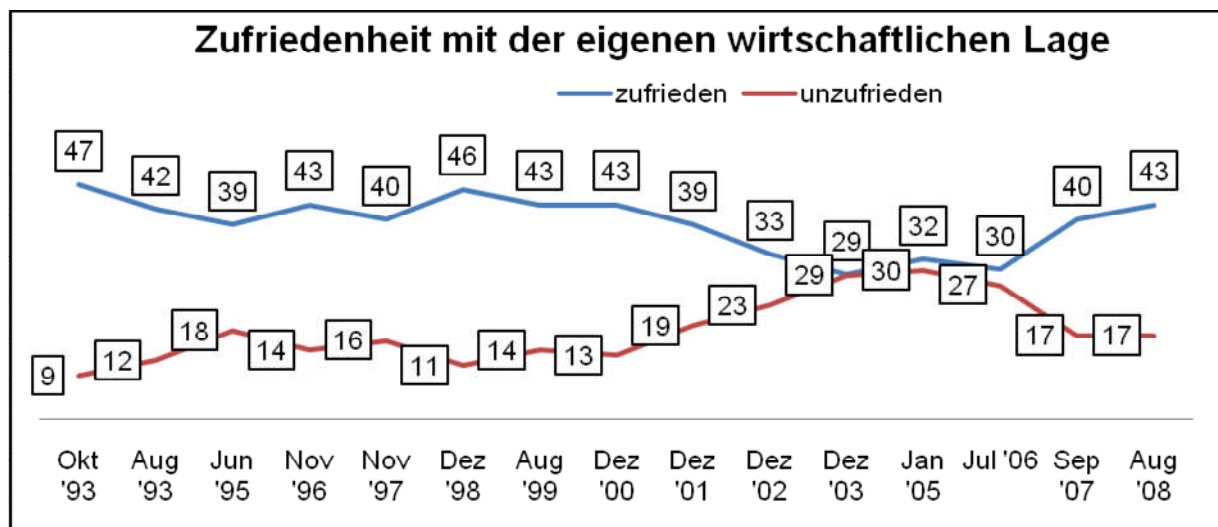
orientieren bzw. von der überwiegend von der Bundespolitik (31%) oder beidem gleich (15%) beeinflusst zu sein. 45% der Befragten gaben an, dass die Neuregelung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe (Hartz IV) das wichtigste tagespolitische Thema im Vorfeld der Landtagswahl gewesen sei. Der Landtagswahlkampf nahm demgegenüber für 7% der Befragten den höchsten Stellenwert ein.

Wie oben bereits gezeigt wurde, waren insbesondere die Wähler/-innen der NPD durch die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und die Thematik Hartz IV in ihrem Abstimmungsverhalten motiviert.

Motivation der Wahlentscheidung: Wirtschaftliche Lage / Soziale Gerechtigkeit

Für die Parteien in Sachsen wird im Landtagswahlkampf 2009 mit hoher Wahrscheinlichkeit die Fähigkeit entscheidend sein, welche Kompetenz ihnen zugeschrieben wird, die ökonomischen Herausforderungen im Sinne einer positiven Wirtschaftsentwicklung, der Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen sowie der Garantie sozialer Gerechtigkeit meistern zu können.

Werfen wir erneut einen Blick zurück auf die Landtagswahl 2004. Wie bereits dargelegt, bestimmte zum damaligen Zeitpunkt die Debatte um die Reformen am Arbeitsmarkt und die Einführung von Hartz IV die politische Debatte. Im Vorfeld der Landtagswahl vertraten 71% (+14% ggü. 1999) der befragten Sachsen die Auffassung, dass die wirtschaftliche Lage in Sachsen weniger gut bis schlecht sei, nur 26% (-14% ggü. 1999) bewerteten die wirtschaftliche Lage gut bis sehr gut.²²



Quelle: Aproxima 2008 / eigene Darstellung

Die Zufriedenheit der sächsischen Bevölkerung mit der eigenen wirtschaftlichen Lage im Zeitraum von 1993 bis 2008 wird in obenstehender Grafik dargestellt. Daraus ist ablesbar, dass seit Ende 2002 die eigene wirtschaftliche Zufriedenheit abnahm. Im Dezember 2003 erreichte die Zufriedenheit mit 29% einen Tiefstand, im Januar 2005 erreichte die Unzufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage mit 30% einen Höhepunkt. Ab Mitte des Jahres 2006 glich sich das Niveau sukzessive dem Trend der 90er Jahre wieder an.

Dementsprechend stellte sich auch die Nennung der wahlentscheidenden Themen bei der Infratest-dimap-Wahltagsbefragung dar. Für 41% der Wähler/-innen waren wirtschaftspolitische Themen wahlentscheidend, für jede/n dritte/n Wähler/-in (34%) spielten Fragen des Arbeitsmarktes bzw. der Arbeitsmarktreform Hartz IV eine entscheidende Rolle. Auf Rang drei folgten Fragen der sozialen Gerechtigkeit, die ebenfalls für ein Drittel der Wähler/-innen

²² Infratest-dimap 2004, S. 70.

(33%) entscheidend waren. Erst auf Platz 4 folgten schul- und bildungspolitische Themen, für die sich jede/r Fünfte entschied (19%).²³

Tabelle: Wahlentscheidende Themen für Parteiwechsler/-innen bei der LTW 2004 (in %)

| Themen | Frühere Wähler von... | | Neue Wähler für... | | | |
|-------------------------|-----------------------|-----------|--------------------|-----------|-----------|-----------|
| | CDU | SPD | PDS | Grüne | FDP | NPD |
| Wirtschaftspolitik | 39 | 34 | 27 | 37 | 48 | 27 |
| Hartz IV / Arbeitsmarkt | 41 | 43 | 44 | 24 | 38 | 61 |
| Soziale Gerechtigkeit | 30 | 38 | 58 | 27 | 26 | 29 |
| Schul-/Bildungspolitik | 22 | 18 | 20 | 30 | 29 | 14 |
| Ausländerpolitik | 11 | 4 | 3 | 2 | 5 | 32 |
| Umweltpolitik | 6 | 6 | 1 | 50 | 2 | 2 |

Quelle: Infratest-dimap 2004

Auch die Gründe, warum bei der LTW 2004 vormalige Wähler/-innen von CDU und SPD diesen beiden Parteien den Rücken kehrten und zu anderen Parteien wechselten, wie die obige Tabelle darstellt, bestätigen diese Aussagen. Der CDU wurde vor allem wegen ihrer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik der Rücken gekehrt und in erheblichem Maße auch wegen Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Während angenommen werden kann, dass die Anhänger/-innen sozialer Gerechtigkeit von der Union in Richtung PDS wechselten und deren Zuwächse von der Union ausmachten, wechselten die wirtschaftspolitisch Enttäuschten vermutlich von der CDU in Richtung FDP.

Von der SPD wiederum wendeten sich die Wähler/-innen ebenfalls wegen der Arbeitsmarktpolitik (der Bundesregierung) und dem nicht eingelösten Versprechen sozialer Gerechtigkeit ab. Davon profitierten in unterschiedlichem Maße sowohl die damalige PDS als auch die NPD. Für die Neu-Wähler/-innen der PDS waren vor allem deren Aussagen zu sozialer Gerechtigkeit von Bedeutung und dann ihre Haltung zu Hartz IV. Bei der NPD basierte die Zustimmung in erster Linie auf arbeitsmarktpolitischen Motiven (Hartz IV) und in zweiter Linie auf ausländerpolitischen Aussagen.

Bei den Grünen standen insbesondere umweltpolitische Fragen für die Wechsler/-innen im Vordergrund. Wie in allen Landtagswahlen wurde auch den Grünen diesbezüglich die größte Kompetenz und Authentizität zugesprochen. Auf Platz zwei der Rangliste folgte die soziale Gerechtigkeit.²⁴

Auf dieser Grundlage ist davon auszugehen, dass der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation eine relevante Bedeutung auch für das Wahlverhalten im kommenden Jahr zukommen wird. Deshalb sind die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Annahmen über die eigene wirtschaftliche Perspektive von Interesse.

Die bundesweite November-Umfrage von Infratest-dimap²⁵ ergab, dass sich die Sorge um die persönliche wirtschaftliche Zukunft in der Einschätzung der eigenen Situation in einem Jahr widerspiegelt.

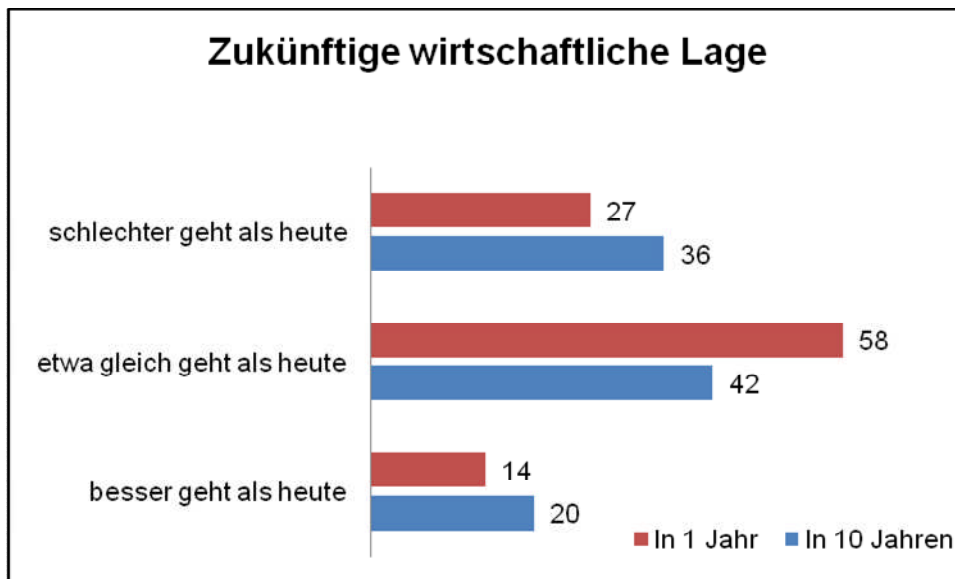
Insgesamt gehen nur 14% der Bundesbürger/-innen davon aus, dass es ihnen in einem Jahr wirtschaftlich besser gehen wird als heute. Mehr als die Hälfte (58%) erwarten, dass sie ihr erreichtes Niveau halten können. Ein gutes Viertel (27%) befürchtet allerdings, in naher Zukunft schlechter dazustehen als heute.

Längerfristig geht ein Fünftel der Befragten von einer Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation aus: 20% rechnen mit einer positiven Entwicklung ihrer persönlichen finanziellen Lage in den nächsten 10 Jahren. Vier von Zehn (42%) erwarten keine wesentlichen Änderungen. Befürchtungen, dass sie ihren aktuellen Lebensstandard nicht halten können, haben 36%.

²³ Infratest-dimap 2004, S. 45.

²⁴ Infratest-dimap 2004, S. 46.

²⁵ Infratest-dimap 2008a, ARD DeutschlandTREND, November 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=16#ue5>.



Quelle: Infratest-dimap 2008 / eigene Darstellung

Zu beachten ist jedoch, dass der Anteil derjenigen, die längerfristig mit einem persönlichen finanziellen Abstieg rechnen, nach Angaben von Infratest-dimap im Vergleich zu einer entsprechenden Befragung im Juli 2008²⁶ gesunken ist. Im Sommer waren die längerfristigen Zukunftserwartungen angesichts rasant steigender Preise merklich pessimistischer als derzeit. Zudem hat die Politik sowohl national als auch international mit schnellen Reaktionen auf die Finanzkrise offenbar in den Augen der Bürger Handlungsfähigkeit bewiesen, die Hoffnung auf die Bewältigung der Krise nährt.²⁷

Diskursiv lenkt die Finanzmarktkrise, wie Allensbach im Oktober 2008 darlegte²⁸, „Wasser auf die Mühlen der Linken, die sich in ihrem Weltbild bestätigt fühlt“:

„Für die große Mehrheit steht außer Frage, dass der Staat das Bankenwesen stärker kontrollieren und regulieren sollte. 63 Prozent halten dies für die richtige Folgerung. Wenn dagegen argumentiert wird, dass staatliche Interventionen oft mehr schaden als nutzen, schließen sich 30 Prozent dem an, während die Mehrheit überzeugt ist, dass allein mehr staatliche Regulierung die Gefahr krisenhafter Entwicklungen mindern kann.“

Generell wächst der Rückhalt für staatliche Interventionen, auch über das Bankenwesen hinaus. Vor drei Jahren waren nur 25 Prozent der Bürger der Auffassung, der Staat greife zu wenig in die Wirtschaft ein, im Frühjahr dieses Jahres waren es 30 Prozent; jetzt sind es 37 Prozent. Dagegen ist die Kritik an einem Übermaß staatlicher Eingriffe von 28 auf 8 Prozent gesunken. Sogar 34 Prozent der FDP-Anhänger wünschen sich mehr staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, nur 15 Prozent weniger.“

Tabelle: Zustimmung zu staatlichen Interventionen in die Wirtschaft

| Greift der Staat bei uns zu viel in Wirtschaft ein, oder zu wenig, oder gerade richtig? | 2005 | Mrz 08 | Okt 08 | LINKE |
|---|------|--------|--------|-------|
| Staat greift zu viel ein | 28 | 18 | 8 | 6 |
| Staat greift zu wenig ein | 25 | 30 | 37 | 60 |
| Staat handelt gerade richtig | 20 | 27 | 23 | 9 |
| Unentschieden/k.A. | 27 | 25 | 32 | 25 |

Quelle: Allensbach 2008

²⁶ Infratest-dimap 2008b, ARD DeutschlandTREND, Juli 2008, <http://www.infratest-dimap.de/?id=39&aid=165>.

²⁷ Infratest-dimap 2008a, a.a.O.

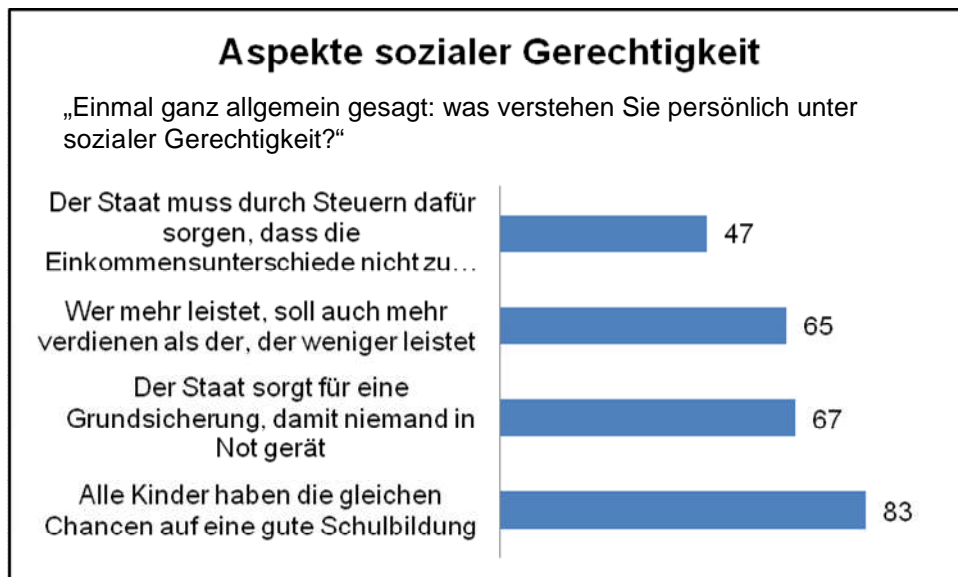
²⁸ Renate Köcher (Allensbach) 2008, Wasser auf die Mühlen der Linken, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.10.2008.

Die von Allensbach in gleicher Befragung gestellte Frage „Im Interesse der Beschäftigten, der Verbraucher und der Umwelt müssen Energiekonzerne in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden“ weckte aufgrund der Wortwahl in Westdeutschland Bezüge zur 68er Bewegung, in Ostdeutschland an das sozialistische System. Bundesweit stimmten 59% der gesamten Bevölkerung dieser Forderung zu, in Ostdeutschland immerhin zwei Drittel der Befragten (66%), von den Anhänger/-innen der Linken sogar 83%.²⁹

Aus Sicht der LINKEN und ihrer Klientel ist Wirtschaftspolitik immer auch ein verteilungspolitisches Thema. Die künftige wirtschaftliche Entwicklung und die daraus abgeleitete Frage der eigenen ökonomischen Perspektiven verknüpfen sich in diesem Verständnis mit der Intensität sozialer Gerechtigkeit.

Das Allensbach-Institut hat sich im Sommer des Jahres 2008 mit dem vielschichten Begriff sozialer Gerechtigkeit beschäftigt und ist zu folgenden Feststellungen gekommen³⁰:

- Die Bedeutung des Begriffes ist unklar. Aus einer Liste von vorgegebenen Antworten (siehe untenstehende Grafik) kristallisierten sich insbesondere folgende Merkmale heraus.



Quelle: Allensbach 2008a / Eigene Darstellung

- Wenn auch die Bedeutung des Begriffes unklar bleibt, so sind sich die Deutschen doch einig in der Überzeugung, dass es um die soziale Gerechtigkeit im Land nicht gut bestellt ist. Auf die Frage „Was meinen Sie: Hat die soziale Gerechtigkeit bei uns in den letzten drei, vier Jahren zugenommen, abgenommen oder ist sie gleich geblieben?“ antworten 69%, die soziale Gerechtigkeit habe abgenommen. Nur 4% meinen, sie habe zugenommen.
- Ähnliche Antworten erhält, wer danach fragt, inwieweit in der Gesellschaft die Chancengerechtigkeit verwirklicht sei. Auch hier sagen 69 Prozent, die Chancengerechtigkeit sei in Deutschland „weniger gut“ oder „gar nicht gut“ verwirklicht.
- Dabei gibt es bei beiden Fragen wenig Unterschiede in den Antworten zwischen Ost- und Westdeutschen, den verschiedenen Altersgruppen und den Anhängern der verschiedenen Parteien.
- Das Gefühl, in einer Gesellschaft zu leben, in der die Ungerechtigkeit wachse, hat sich unter den Bürgern in den letzten Jahren spürbar verstärkt. Auf die 1964 erstmals gestellte Trendfrage „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse - ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen - im Großen und Ganzen gerecht

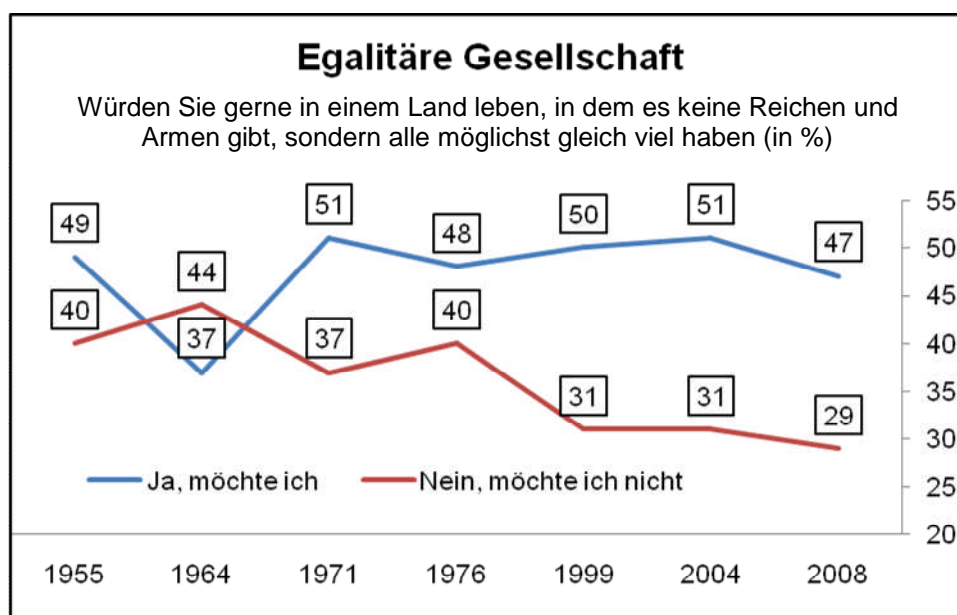
²⁹ Köcher, a.a.O.

³⁰ Thomas Petersen (Allensbach) 2008a, Die gefühlte Ungleichheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juli 2008.

oder nicht gerecht?“ waren bis in die 90er Jahre die zustimmenden und ablehnenden Antworten ungefähr gleich groß. Seit Beginn des laufenden Jahrzehnts stieg jedoch der Anteil derer, die die Verhältnisse für nicht gerecht halten, auf 68%. Dass die Verhältnisse gerecht seien, meinen heute nur 16%.

- Dieser Entwicklung in den Einschätzungen der Bürger steht keine ähnlich dramatische Entwicklung der volkswirtschaftlichen Daten gegenüber. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich zweifellos, aber langsamer, als oft angenommen wird. Auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass sich die Tendenz in den letzten drei Jahren fortgesetzt hat, wird deutlich, dass die individuelle Wahrnehmung der Veränderungen wesentlich stärker ist als die Geschwindigkeit des Prozesses selbst.

Grundsätzlich ist zu konstatieren und aus Sicht der LINKEN auch zu begrüßen, dass die Bereitschaft der Bevölkerung, soziale Ungleichheit hinzunehmen, in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat. Nachstehende Grafik verdeutlicht dies. Auf die Frage „Würden Sie selbst gern in einem Land leben, in dem es keine Reichen und keine Armen gibt, sondern alle möglichst gleich viel haben?“ antwortet seit fast vierzig Jahren unverändert eine Mehrheit von rund 50%, in einem solchen Land würde sie gerne leben. Deutlich zurückgegangen ist in derselben Zeit freilich der Anteil derjenigen, die ausdrücklich widersprechen. Heute sagen nur noch 29% der Deutschen, also weniger als ein Drittel, dass sie in einem solchen Land lieber nicht leben möchten.



Quelle: Allensbach 2008a / Eigene Darstellung

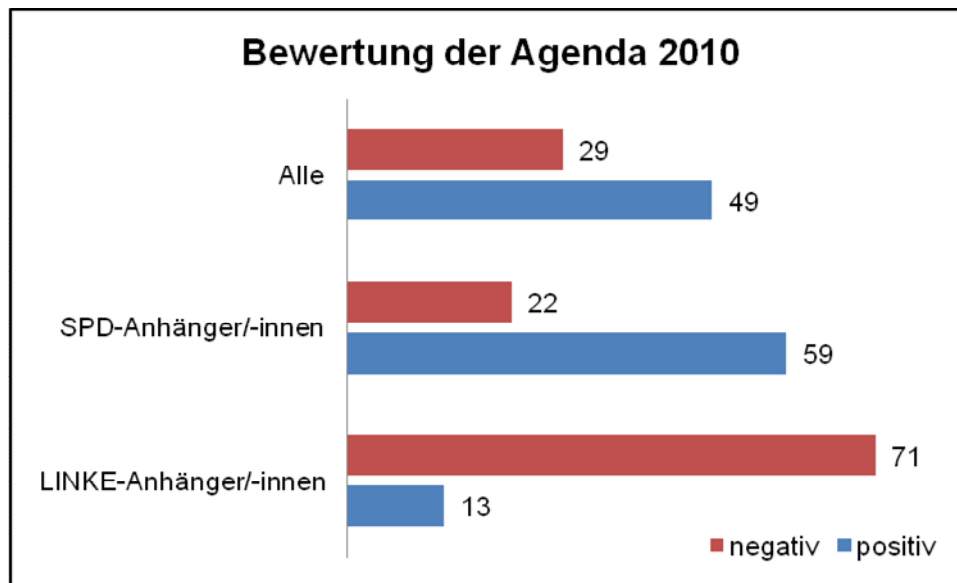
Daraus den Schluss zu ziehen, dass die gesellschaftliche Entwicklung nun automatisch der LINKEN und ihrem Verständnis sozialer Gerechtigkeit einschließlich von Umverteilungspolitik in die Hände spielen würde, wäre jedoch fatal, da selbstüberschätzend und zu vereinfacht. Allensbach schränkt im zitierten Beitrag ein, dass ein wesentliches Kriterium der Bewertung „sozialer Gerechtigkeit“ z.B. beim Verhältnis der Vergütung von Krankenschwestern und Managern „das Gefühl der ‚Angemessenheit‘ (ist). Nur die Frage, was denn als ‚angemessen‘ angesehen werden kann, wird in verschiedenen Zeiten unterschiedlich beantwortet.“³¹

So ist beispielsweise zu konstatieren, dass trotz der erheblichen Kritik der Agenda 2010 und ihren Begleiterscheinungen, nach Erkenntnissen von Infratest-dimap aus dem Sommer des Jahres 2008,³² mittlerweile fast jede/r zweite Deutsche/r (49%) diese Reformen als positiv bewertet. Innerhalb der Anhänger/-innen der Sozialdemokratie liegen die Zustimmungswerte

³¹ Petersen 2008, a.a.O.

³² Infratest-dimap 2008c, ARD DeutschlandTREND, September 2008 II, <http://www.infratest-dimap.de>.

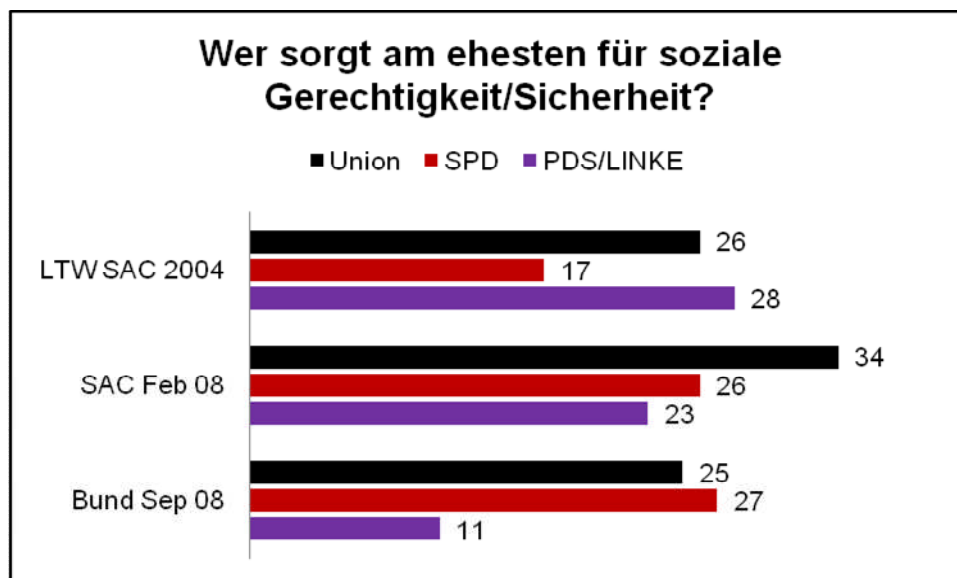
noch einmal 10% höher (59%). Demgegenüber bewerteten weiterhin knapp Dreiviertel der LINKE-Anhänger/-innen die Agenda 2010 negativ (siehe nachfolgende Grafik).



Quelle: Infratest-dimap 2008c / Eigene Darstellung

Im Kern bedeutet dies, wie auch in anderen Feldern, dass die LINKE mit ihrer Kritik an den Arbeitsmarktreformen nicht nur die absolut überwiegende Mehrheit ihrer Anhänger/-innen vertritt, sondern auch einen erheblichen Teil der Bevölkerung. Gleichwohl unterliegt auch diese Position innerhalb der Gesellschaft einem Veränderungsprozess.

Dass der LINKEN bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit eine große Kompetenz zugesprochen wird, ist mittlerweile hinlänglich bekannt. Gleichwohl darf auch dies nicht zu Fehl- und Selbstüberschätzung führen. Nachstehende Grafik ist dafür ein Beleg.



Quelle: Infratest-dimap 2004 / tns-empid 2008 / Infratest-dimap 2008c / Eigene Darstellung

Aus dieser Grafik lässt sich ablesen, dass die damalige PDS bei der LTW 2004 die höchsten Kompetenzwerte bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit erhielt. Überraschend folgte jedoch mit nur 2% Abstand die CDU und erst danach die SPD. Selbst wenn man dabei einbeziehen muss, dass die SPD damals einen Wahlkampf loyal zur Bundesregierung führte, während die Sachsen-CDU die Hartz-Reformen kritisierte und ihre Einführung verschieben wollte, drückt sich in diesem Ergebnis jedoch noch ein weiterer Aspekt aus. Es kann angenom-

men werden, dass Bürger/-innen auch die Fähigkeit bewerten, soziale Gerechtigkeit über die Garantie sozialer Sicherheit durchzusetzen. Dann wiederum zeigt sich jedoch noch Potenzial, wenn die von der LINKEN in Auftrag gegebene Untersuchung betrachtet wird, bei der die CDU als die kompetenteste Kraft in Sachsen bei der Herstellung sozialer *Sicherheit* bewertet wird.

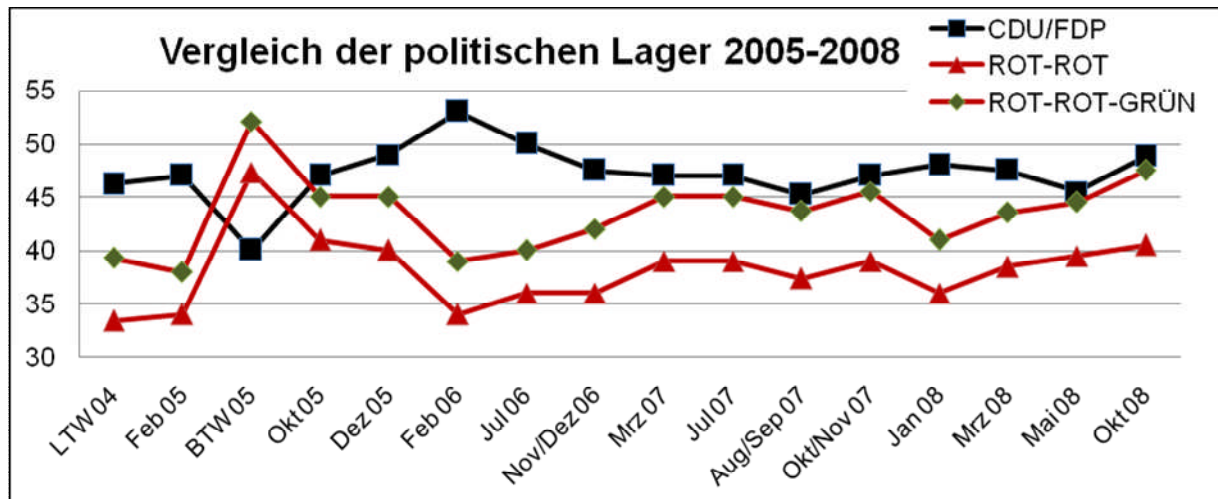
Nicht zuletzt erreichen die schwarz-roten Regierungsparteien im Bund deutlich höhere Kompetenzwerte bei der Kompetenzfrage soziale Gerechtigkeit als die LINKE, der es im Bund nicht gelingt, den Wert der allgemeinen Parteizustimmung zu überschreiten.

Zusammengefasst ist also festzuhalten:

- Die wirtschaftliche Entwicklung wird insbesondere im Hinblick auf die eigene wirtschaftliche Situation der Bürgerinnen und Bürger eine große Bedeutung im kommenden Wahljahr haben.
- Dabei werden Aspekte sowohl der sozialen Gerechtigkeit als auch der Herstellung sozialer Sicherheit eine wesentliche Rolle spielen.
- Während die Gerechtigkeitsfrage eher eine gesellschaftliche Dimension hat, bei der sich auch diejenigen zugunsten von mehr Wohlfahrt äußern, denen es individuell nicht schlecht geht, spricht die Frage nach der sozialen Sicherheit die individuelle Perspektive an.
- Bei dieser individuellen Perspektive wird als entscheidendes Kompetenzmerkmal die Fähigkeit zur Garantie sozialer Absicherung im Vordergrund stehen.
- Auch wenn der LINKEN traditionell große Kompetenz bei der sozialen Gerechtigkeit zugesprochen wird, befinden sich Union und SPD als direkte Konkurrenten im gleichen Themenfeld.

III. Die politischen Lager in Sachsen und die Strategien der Parteien

Vergleicht man die politischen Lager – ohne Berücksichtigung der NPD – in der nachfolgenden Grafik, so ist mit Ausnahme der Bundestagswahl 2005 eine kontinuierliche Dominanz des bürgerlichen Lagers festzustellen.



Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm> / Eigene Berechnungen

Bürgerliches Lager

Die CDU wird alles daran setzen, eine Vertiefung der Wechselstimmung im Land zu vermeiden. Sie geht mit einer populären Kanzlerin in die Wahlkämpfe. Auf Bundesebene ist davon auszugehen, dass die Union eine scharfe, antikommunistische Ressentiments nutzende Auseinandersetzung mit der LINKEN führen wird, um einen weiteren Einbruch in ihre Wählerpotentiale zu verhindern, vor allem aber auch, um die SPD zu verunsichern und klein zu halten. Sie wird in Sachsen ihre Regierungserfahrung ins Feld führen und andererseits versuchen, vor einer Regierungsbeteiligung der LINKEN zu warnen.³³

Wie gut ihr dies gelingen wird, hängt vermutlich (bedauerlicherweise) weniger vom Handeln der LINKEN als vielmehr von der Zustimmung zur Unions-Regierungspolitik selbst ab. Erinnerung sei an das im hessischen Landtagswahlkampf im Januar 2008 letztlich erfolglose Bemühen von Roland Koch, unter Bezug auf xenophobe Ressentiments, vor einer Regierungsbeteiligung der LINKEN zu warnen.

Die Stärke des bürgerlichen Lagers steht und fällt mit der Zustimmung zur Union. Bei der LTW 2004 entfiel nur ein geringer Teil der Stimmverluste der CDU (-38.000) an die Liberalen, der wesentlich größere Teil wechselte in das Nichtwähler/-innenlager. Die FDP ist insoweit nicht naturgemäßer Nutznießer christdemokratischer Schwäche, indem die Stimmen im bürgerlichen Lager einfach nur umverteilt werden. Damit unterscheidet sich die LTW 2004 in Sachsen z.B. von der LTW 2008 in Bayern. Dort verlor die CSU insgesamt 270.000 Wähler/-innen an FDP und Freie Wähler und ca. 190.000 Wähler/-innen an das Nichtwähler/-innenlager.³⁴

Die FDP ist demgegenüber ein komplementärer, sich jedoch landespolitisch verankernder Akteur. Gleichwohl gelingt es den Liberalen nicht, die früheren Stimmenanteile für die Union zu binden und damit dem bürgerlichen Lager zu erhalten.

Auch oder gerade weil eine schwarz-gelbe Koalition bei der Landtagswahl 2004 nur äußerst knapp eine Mehrheit der Landtagsmandate verfehlte, werden sowohl die Christdemokraten als auch die Liberalen ihren Wahlkampf auf das Ziel einer schwarz-gelben Mehrheit

³³ Vgl. DIE LINKE 2008, Wahlstrategie der Partei DIE LINKE 2009. Beschluss des Parteivorstandes vom 6. September 2008.

³⁴ Infratest-dimap 2008d, WAHLREPORT Landtagswahl Bayern am 28. September 2008, S. 10.

ausrichten. Gleichwohl wird anzunehmen sein, dass die Erreichung der absoluten Mehrheit als Wahlziel durch die Union postuliert werden wird.

SPD / LINKE / rot-rot(-grün)es Lager

Während es möglich ist, von einem bürgerlichen Lager in Sachsen zu sprechen, existiert demgegenüber kein konsistentes nicht-bürgerliches oder gar rot-rot(-grün)es Lager. Die bestehenden Ansätze sind fragil und bislang ohne politisches Fundament, auch wenn überschneidende Schnittmengen im Hinblick auf politische Werte und Aussagen bestehen. Sowohl für SPD als auch die Grünen, sofern sie den Einzug in den Landtag erneut erreichen sollten, wird die Frage nach der Ernsthaftigkeit beim Wunsch, einen Politikwechsel im Freistaat herbeizuführen, mit der Frage verbunden sein „Wie halten wir es mit der LINKEN?“.

Die Sachsen-SPD steht vor dem Dilemma, einerseits mit den Identifikationsfolien einer der beiden großen Volksparteien gewählt zu werden, aber andererseits nur über die Potentiale eines kleinen Koalitionspartners und nicht des Partners in einer traditionellen Großen Koalition zu verfügen.

Die Gefahr, in diesem Dilemma aufgegeben zu werden, ist groß. Und angesichts der Tatsache, dass im Herbst 2009 die schwarz-roten Bündnisse in Berlin und Dresden mit hoher Wahrscheinlichkeit in kurzem Abstand zur Wahl stehen werden und weder Union noch SPD im Bund derzeit eine Präferenz zur Fortsetzung des Regierungsbündnisses erkennen lassen, ergibt sich daraus für die Sozialdemokraten in Sachsen erheblicher Handlungsbedarf, eine strategische Positionierung zu entwickeln. Dass dies schwer fällt, liegt auf der Hand – muss sie eine solche Position doch aus der Situation der Schwäche gegenüber den potenziellen Partnern CDU oder Linkspartei mit oder ohne Grüne entwickeln.

Es ist anzunehmen, dass die SPD erneut ein Wahlziel 20+x formulieren wird. Dies ist mit Blick auf die gegenüber dem Stimmresultat der LTW 2004 gestiegenen Umfragewerte nicht gänzlich unrealistisch, wenn auch ambitioniert.

Strategisch wird sie eine Brücke zu schlagen versuchen von der Schröder-Politik als "für das Land erfolgreicher Reformpolitik" zu einer Vielzahl von Vorschlägen, die auf eine Verbesserung der sozialen Lage breiter Bevölkerungsschichten zielen. Sie wird versuchen, sich als die soziale Alternative zur CDU darzustellen und den Schulterschluss mit den Gewerkschaftsspitzen zu erneuern.³⁵

Bezogen auf mögliche Regierungskonstellationen ist es nicht unwahrscheinlich, dass die SPD ohne eine Regierungsaussage in die Wahl gehen wird, wenngleich sie vermutlich ihre Regierungserfahrung ins Feld führen wird. Eine Regierungsbildung mit der LINKEN wird sie nicht ausschließen, aber darauf hinweisen, dass sie dies nicht als kleinerer Koalitionspartner tun wird. Ob sie dabei die Flexibilität entwickeln wird, ähnlich wie die SPD in Thüringen das Modell „Kleinerer Ministerpräsident“ ins Spiel zu bringen, bleibt abzuwarten. Die SPD unter Matschie thematisiert derzeit in Thüringen und mit Blick auf den Stimmenabstand zur LINKEN, dass ein Bündnis mit der LINKEN möglicherweise nur noch davon abhängig zu machen wäre, dass die SPD den Ministerpräsidenten stellt, auch wenn sie der kleinere Koalitionspartner wäre.

Angesichts der Tatsache, dass ein erneuter Einzug der Grünen in den Landtag nicht ausgeschlossen ist und dementsprechend eine regierungsbildende Mehrheit gegen die Union nur unter Einschluss der Grünen zu bewerkstelligen wäre, ist anzunehmen, dass die Grünen einer Regierungsbildung mit der LINKEN nur dann zustimmen könnten, wenn die LINKE nicht der stärkste Koalitionspartner wäre, oder zumindest Grüne und SPD zusammen stärker wären als die LINKE allein und die LINKE nicht den Ministerpräsidenten resp. die Ministerpräsidentin stellt.

³⁵ Vgl. DIE LINKE 2008, a.a.O.

Grüne und FDP

Wie in der Wahlstrategie der LINKEN-Bundespartei angenommen, werden Grüne und FDP keine oder erst sehr spät (FDP-Parteitag am 20. September 2009!) Koalitionsaussagen machen und also keinen Lagerwahlkampf führen. Beide werden mit ihren Kernimages und -kompetenzen auftreten, dabei aber eine neue Flexibilität und Offenheit für neue Konstellationen nach der Wahl zeigen. Die FDP wird als wirtschaftsliberale Steuerspar- und Wohlstand-für-alle-Partei ("Mehr Netto vom Brutto") sowie als Bürgerrechtspartei agieren. Die Grünen werden Fragen der ökologisch-nachhaltigen Entwicklung, der sozialen Teilhabe aller und der Stärkung der Bürgerrechte in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellen.

Wie bereits dargelegt, können die Grünen von einem Verbleib im Landtag nicht ausgehen, auch wenn ihre Verankerung in den urbanen Ballungszentren und deren bevölkerungsmäßige Bedeutung für die sächsischen Grünen eine bessere Ausgangsbasis bildet als z.B. in Thüringen und Brandenburg.

IV. Die LINKE

DIE LINKE will einen politischen Wechsel im Freistaat und die Dominanz des bürgerlichen Lagers brechen. Ihr Ziel besteht darin, die sächsische Union in Sachsen in die Opposition zu überführen, die Position in den Kommunen auszubauen und im EP mit einem Sitz vertreten zu sein, sowie mehr sächsische Abgeordnete in eine gestärkte Linksfraktion im Bundestag zu entsenden.

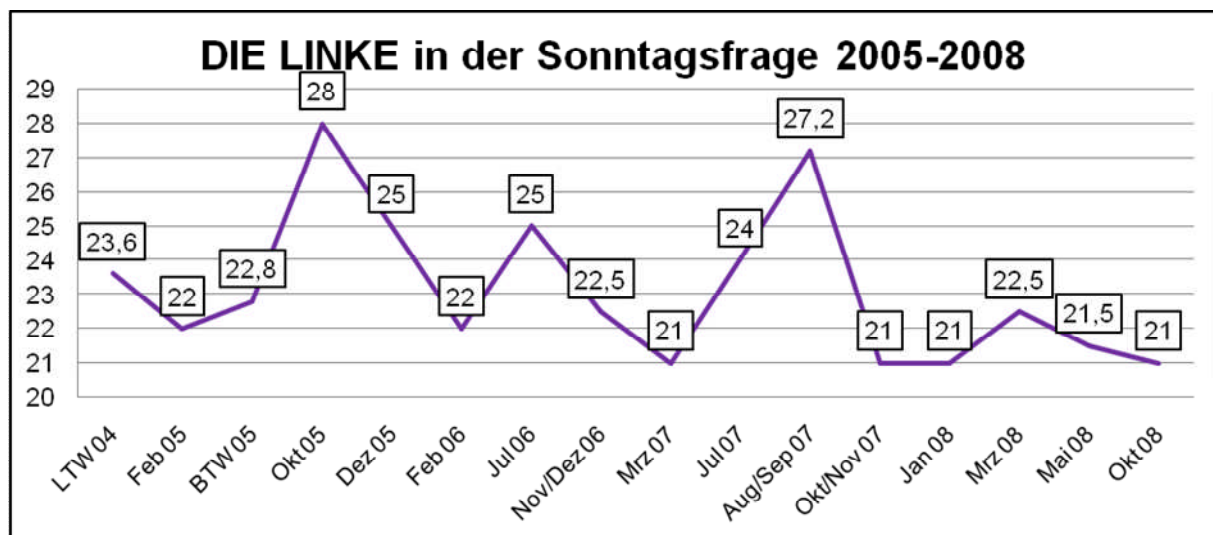
Für die Erreichung dieses Ziels muss die LINKE:

- ihre Stammwähler/-innenschaft mobilisieren,
- die 24.000 vormaligen Nichtwähler/-innen sowie die 23.000 früheren CDU-Wähler/-innen, die bei der LTW 2004 ihr Kreuz bei der PDS machten, erneut zur Abstimmung für die LINKE motivieren,
- mittels entsprechend thematischer Ausrichtung des Wahlkampfs, Nichtwähler/-innen zur Wahlbeteiligung anregen,
- durch intensive Ansprache der Erstwähler/-innen einerseits zu einem positiven Generationensaldo kommen (Erstwähler/-innen / Verstorbene) und andererseits damit in die wesentliche Klientel der NPD einbrechen, um auf eine demokratische Wahlentscheidung sowie eine Verhinderung des erneuten Landtageinzugs der NPD hinzuwirken.

Wähler/-innenmobilisierung

Die letzten beiden Ziele können naturgemäß leichter erreicht werden, wenn die latent vorhandene Wechselstimmung sich stärker ausprägt und mit einem erkennbaren und überzeugenden Politikangebot verknüpft ist. Insgesamt gilt die Aussage:

„Wahlkampf schafft kein Wählerinnen- und Wählerpotential, sondern hat die Aufgabe, es zu mobilisieren. Was zuvor nicht gesät wurde, kann nicht geerntet werden. Wahlkampf ist kein Ersatz für die viel umfassendere alltägliche Politik der LINKEN. Er kann daher nur auf wenige übergreifende Fragen konzentriert werden.“³⁶



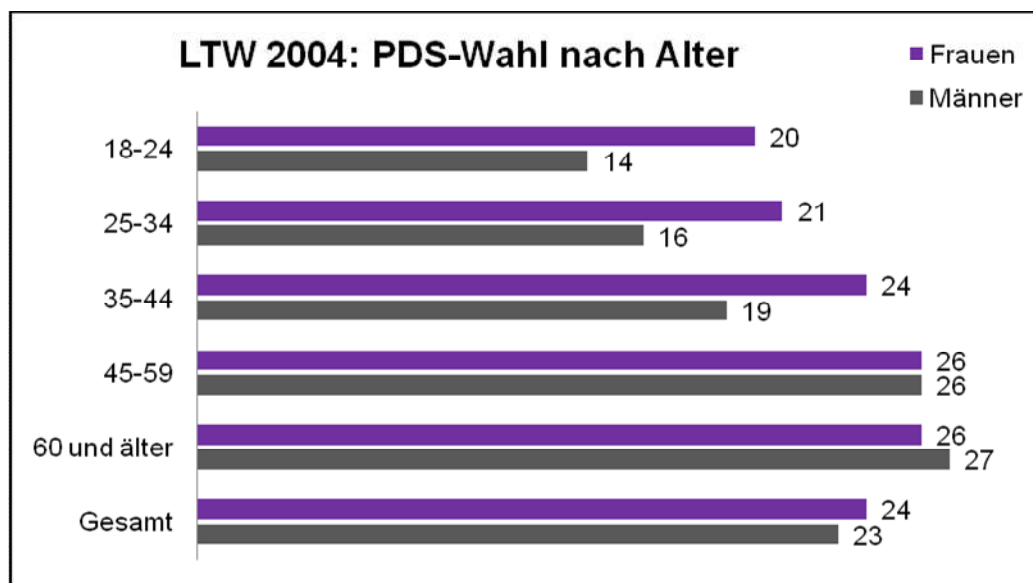
Quelle: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm> / Eigene Berechnungen

Um dies zu erreichen, ist es lohnenswert einen genaueren Blick auf die elektoren Erfahrungen und Rahmenbedingungen der LINKEN zu werfen und so z.B. entsprechende Aussagen der Bundeswahlstrategie mit den konkreten sächsischen Erfahrungen zu verknüpfen, um daraus Schlussfolgerungen für das Handeln im kommenden Jahr zu ziehen.

³⁶ Vgl. DIE LINKE 2008, a.a.O., Ziffer 31.

Fasst man alle in der oben angeführten Grafik dargestellten Umfragen mit Ausnahme des BTW-Ergebnisses 2005 zusammen, so errechnet sich ein durchschnittliches Abschneiden der LINKEN von 23,5%. Bezogen auf das Wahlergebnis von 2004 wird deutlich, dass die LINKE ihr Mobilisierungspotenzial bislang nicht ausgeschöpft hat. Wie bereits dargestellt, ist in der Mobilisierung des Wähler/-innenpotenzials der LINKEN, also derjenigen, die die LINKE bereits gewählt haben und derjenigen, die sich prinzipiell vorstellen könnten, die LINKEN zu wählen, die wichtigste Aufgabe der kommenden Wahlkämpfe zu sehen.

Im Unterschied beispielsweise zu Union und SPD besteht zwischen dem Wähler/-innenklientel für Bundes- und Landtagswahlen keine erhebliche prozentuale Differenz. Es wird also darauf ankommen, dafür Sorge zu tragen, dass bei allen vier Wahlen im kommenden Jahr die LINKE-Wähler/-innen „wahlmunter“ sind.



Quelle: Infratest-dimap 2004 / Eigene Darstellung

Dabei wird der Mobilisierung von Jung- und Erstwähler/-innen insoweit eine erhebliche Bedeutung zukommen müssen, weil es der PDS bei der LTW 2004 bei den 18-34jährigen nur erheblich unterdurchschnittlich gelungen war, Zustimmung zu erlangen.

Dabei wird die Ansprache junger männlicher Erstwähler/-innen eine besondere Bedeutung zu kommen, weil diese Gruppe 2004 die LINKE absolut unterdurchschnittlich gewählt hatte.

Mit einer solchen Orientierung wird auf den ersten Blick ein Widerspruch zur Bundeswahlstrategie eröffnet, in der es heißt: *„Eine große Herausforderung stellt der Kampf um die Stimmen von Frauen dar. Sie haben uns in den letzten Jahren unterdurchschnittlich gewählt, sie sind der neuen Partei gegenüber skeptischer. Wir sollten diese Herausforderung annehmen.“*³⁷

Ein solcher Widerspruch besteht jedoch nicht. Denn auch wenn die Zielgruppe junger Männer insbesondere angesprochen werden sollte, wird es analog zur Bundesstrategie darum gehen, gerade diejenigen Frauen erneut zu mobilisieren, die in der Vergangenheit bereits die PDS bzw. die LINKE wählten und die dies im Osten bislang bereitwilliger taten als Männer.

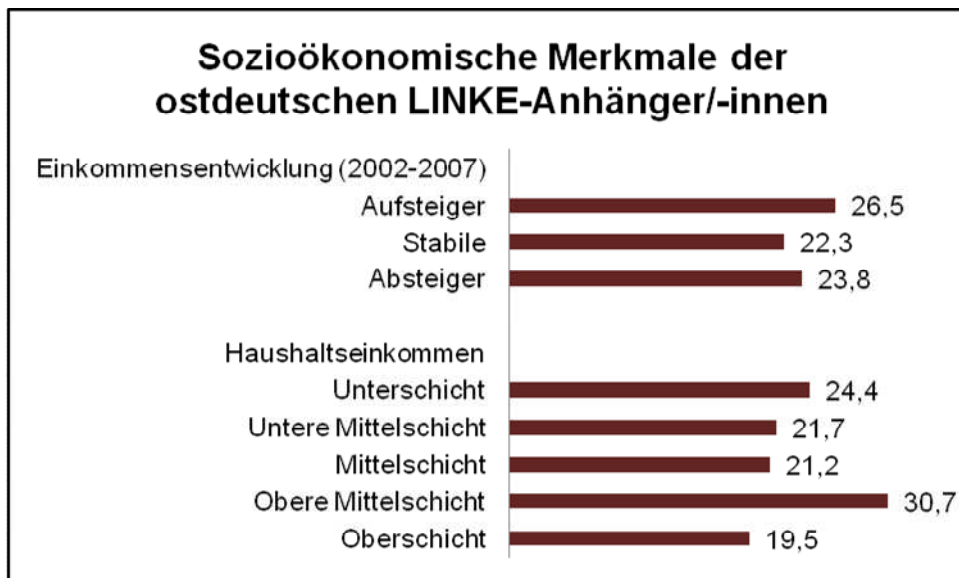
Die Bundeswahlstrategie formuliert: *„Seit den letzten Bundestagswahlen ist DIE LINKE in der Lage, Menschen in allen Regionen, aus allen sozialen Milieus, Bildungs-, Einkommens-, Berufs- und Altersgruppen, Frauen wie Männer erfolgreich anzusprechen.“*³⁸

Im Hinblick auf die Wahlstrategie und eine erfolgreiche insbesondere realistische Zielgruppenorientierung entstehen aus dieser Aussage vielfach Fragen und Missverständnisse. In den

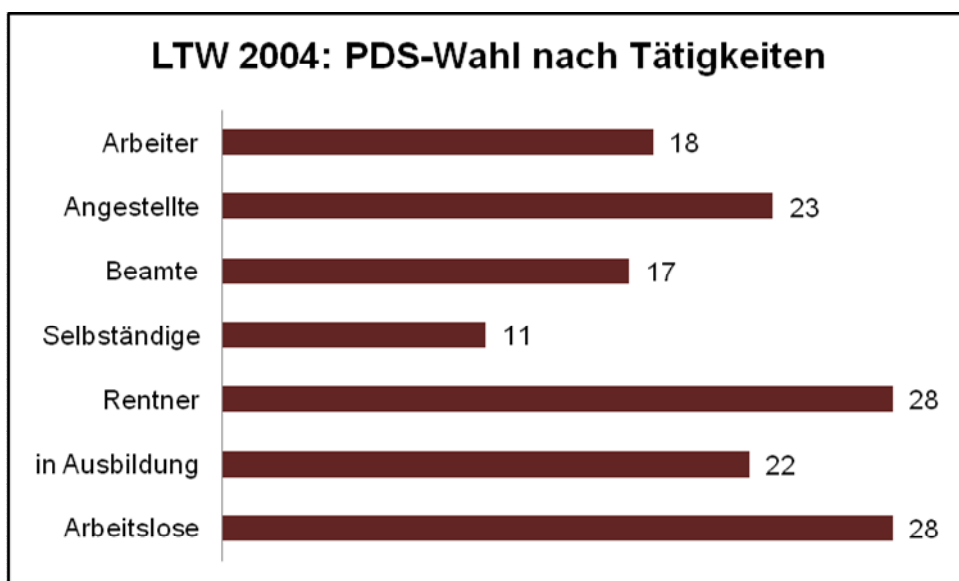
³⁷ Vgl. DIE LINKE 2008, a.a.O., Ziffer 40.

³⁸ Vgl. DIE LINKE 2008, a.a.O., Ziffer 34.

jüngsten Landtagswahlkämpfen in den alten Ländern und auch bei der Bundestagswahl 2005 zeigte sich doch, dass insbesondere Rentner, Arbeiter/-innen und Arbeitslose die LINKE wählen.³⁹ Gleichzeitig sorgte jüngst eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)⁴⁰ für Furore, die der LINKEN Rückhalt in allen Einkommensschichten, auch und gerade der oberen Mittelschicht in Ostdeutschland attestierte, wie aus nachstehender Grafik ersichtlich ist.



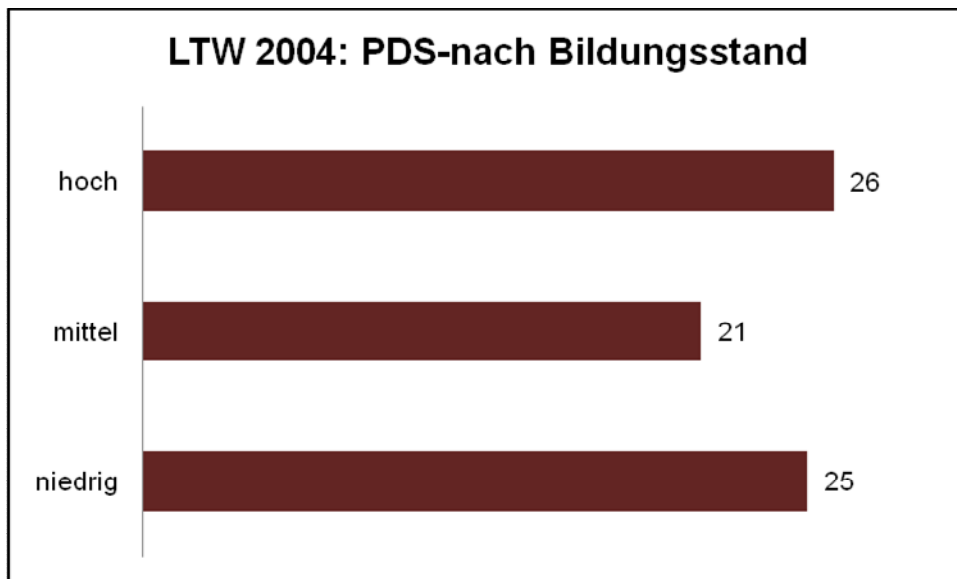
Quelle: DIW 2008 / Eigene Darstellung



Quelle: Infratest-dimap 2004 / Eigene Darstellung

³⁹ Vgl. die Wahlnachtberichte auf <http://www.benjaminhoff.de/themen/wahlen/>.

⁴⁰ Martin Kroh/Thomas Siedler 2008, Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten, in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), Nr. 41/2008, S. 627 – 634.

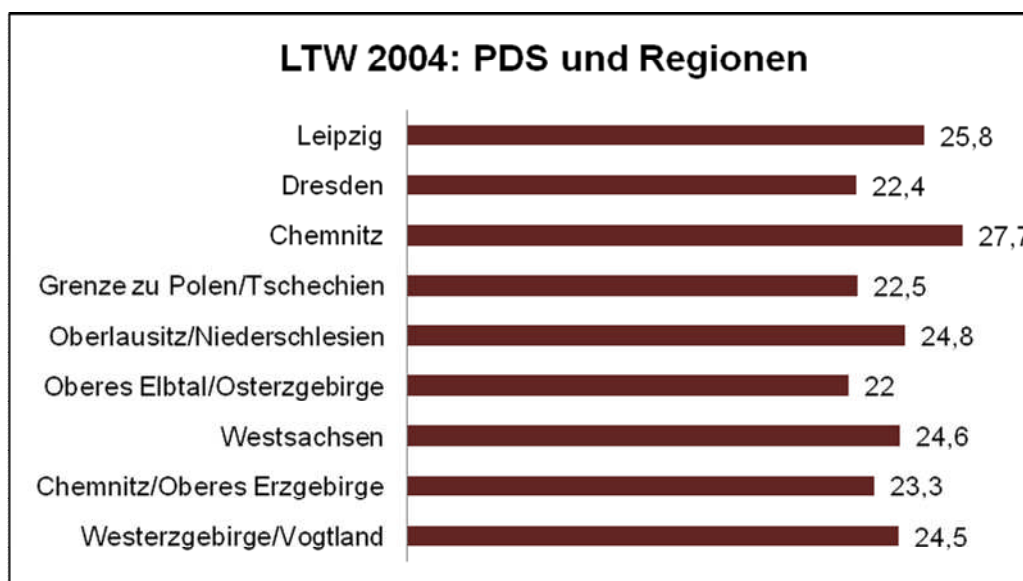


Quelle: Infratest-dimap 2004 / Eigene Darstellung

Wie lassen sich nun die Erkenntnisse der DIW-Untersuchung und die Daten der LTW 2004 mit der gleichfalls zutreffenden Aussage der Bundeswahlstrategie in Übereinstimmung bringen? Hierbei ist sowohl regional als auch sozio-demographisch vorzugehen.

Bereits im Nachgang zur verlorenen Bundestagswahl 2002 wurde konstatiert, dass die PDS in ihren früheren Hochburgen, den Verwaltungs- und Dienstleistungsstädten der vormaligen DDR verloren hatte – und so auch nicht mehr die drei Direktmandate erreichte, die ihr den Einzug als Gruppe in den Bundestag ermöglicht hätten. Sieht man einmal vom damaligen Stimmenverlust ab, so drückte sich darin ein stadtentwicklungspolitischer Veränderungstrend aus, der auch in Sachsen zu regional veränderten Wahlergebnissen führte.

Die Sozialstruktur der früheren Bezirkshauptstädte und auch der Mittelstädte haben sich verändert. Segregation, also stärkere soziale Differenzierung in den Wohngebieten nach ärmer und reicher, sowie Stadtflucht und Aufwertung von Innenstädten in Verbindung mit demographischer Entwicklung führten dazu, dass Universitäts- und Landeshauptstädte heute zwar weiterhin von hoher Bedeutung aber nicht mehr zwangsläufig die Hochburgen LINKER Wahlerfolge sind, weil die Umlandregionen bzw. Mittelstädte und Oberzentren an Bedeutung gewonnen haben.



Quelle: Infratest-dimap 2004 / Eigene Darstellung

Es ist der LINKEN in den vergangenen 20 Jahren ihrer Existenz als PDS in Ostdeutschland gelungen, sowohl in der ostdeutschen Mittelschicht und oberen Mittelschicht, u.a. bei den Angestellten und Rentnern als auch der unteren Mittelschicht, den Arbeiter/-innen eine feste Wähler/-innenkiel aufzubauen, und mit ihrer Ausrichtung auf soziale Gerechtigkeit auch und insbesondere für Arbeitslose wesentliche Wahlpartei zu sein. Bei der LTW 2004 wurde der damaligen PDS bescheinigt:

- sich am stärksten um die Probleme Ostdeutschlands zu kümmern (Ja: 55%, Nein: 41%),
- sich am stärksten um sozialen Ausgleich zu bemühen (Ja: 54%, Nein: 38%),
- als einzige Partei bei Hartz IV zu sagen, was Sache ist (Ja: 35%, Nein: 57%).

Um die Akzeptanz der LINKEN quer durch alle Bevölkerungsschichten und bei fast allen Berufsgruppen bzw. Tätigkeitsmerkmalen zu verstehen, ist es folglich notwendig, sich noch einmal an die Erkenntnisse aus dem Abschnitt Wirtschaftliche Entwicklung/Soziale Gerechtigkeit zu erinnern.

Festgestellt wurde, dass die Bereitschaft, soziale Ungerechtigkeit hinzunehmen, deutlich abgenommen hat. Dies liegt daran, dass die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit ausgeprägter ist als das tatsächliche Öffnen der Schere zwischen Arm und Reich. Dies kann möglicherweise auch an einer neuen Qualität der Armut liegen, die der früheren Bundesrepublik unbekannt war. Aufschlussreich ist hingegen, dass auch wenn eine knappe Mehrheit der Deutschen (Ja: 51%, Nein: 29%) findet, dass man ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse durchaus als gerecht bezeichnen könne, eine Mehrheit soziale Ungerechtigkeit als problematisch empfindet und der Auffassung ist, dass dem entgegenzuwirken ist.

Möglicherweise ist dies der Schlüssel zu der Erkenntnis der DIW-Autoren, dass sozialer Auf- und Abstieg sowohl in Ost- wie Westdeutschland keine bedeutende Rolle für die Unterstützung der Linken spielt.

Die Unterstützer/-innen der Linken sind also nicht vorwiegend unter Menschen, deren finanzielle Situation prekär ist beziehungsweise die sich seit Inkrafttreten von Hartz IV verschlechtert hat. Vielmehr sind Anhänger der Linken in allen Einkommensgruppen zu finden.⁴¹

„In Ostdeutschland ist der Anteil der Anhänger der Linken am höchsten bei Personen, die sich große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung machen, gefolgt von großen Sorgen um Frieden und an dritter Stelle Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage.

Grundsätzlich scheint bei Personen, die sich große Sorgen um alle gesellschaftlichen Bereiche machen, eine hohe Neigung zu den Linken zu bestehen. So ist in nahezu allen betrachteten Themenbereichen der Anteil der Linken-Anhänger bei Personen, die diesbezüglich große Sorgen äußern, höher als im Durchschnitt der Bevölkerung.

Die ökonomisch relativ gesicherten Linken-Anhänger im Osten machen sich eher Sorgen um gesamtgesellschaftliche Probleme, während die ökonomisch etwas schlechter gestellten Anhänger der Linken im Westen sich eher Sorgen um ihre eigene Lage machen.“⁴²

Strategisch zieht die Bundeswahlstrategie der LINKEN daraus und aus der Tatsache, dass bei der BTW 2005 und den darauffolgenden LTW die LINKE die meisten Zuwächse bei den Arbeitslosen und Arbeitern erzielen konnte, folgende Konsequenz:

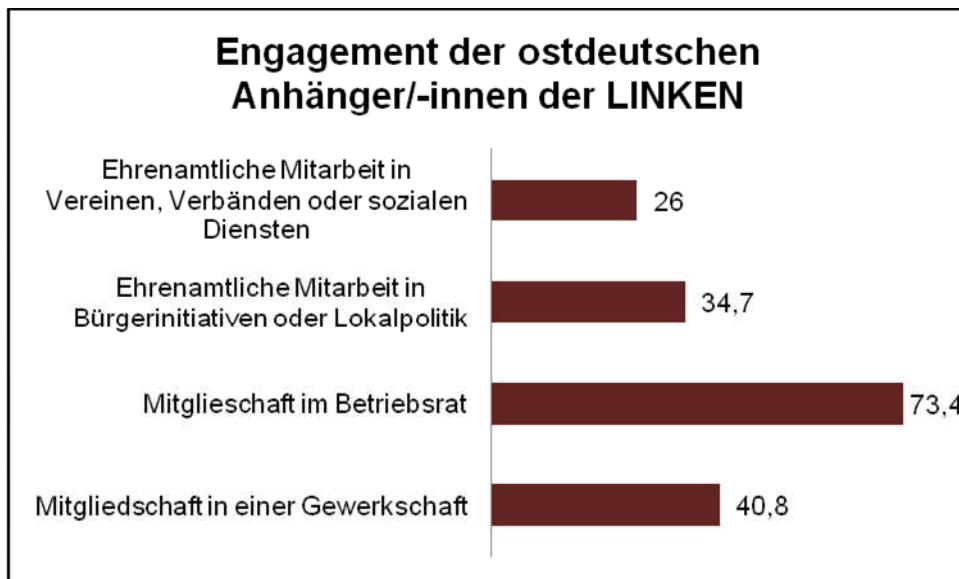
„Besonders gut gelang es, die bedrohte Arbeitnehmerschaft, darin speziell das gewerkschaftlich/betriebsrätliche Milieu, die sozial Schwachen (speziell Arbeitslose, Alleinstehende und Alleinerziehende) sowie tradierte linkskulturelle Milieus anzusprechen. Um diese "linke" und "proletarische" Zielgruppe wird es auch im Wahlkampf 2009 besonders (keineswegs aber ausschließlich!) gehen müssen.“⁴³

Die Erkenntnisse sowohl aus der DIW-Untersuchung als auch aus der LTW 2004 bestätigen dies, wie in den nachfolgenden Grafiken sichtbar wird, die weitgehend selbsterklärend sind.

⁴¹ DIW 2008, a.a.O., S.630.

⁴² DIW 2008, a.a.O., S.631f.

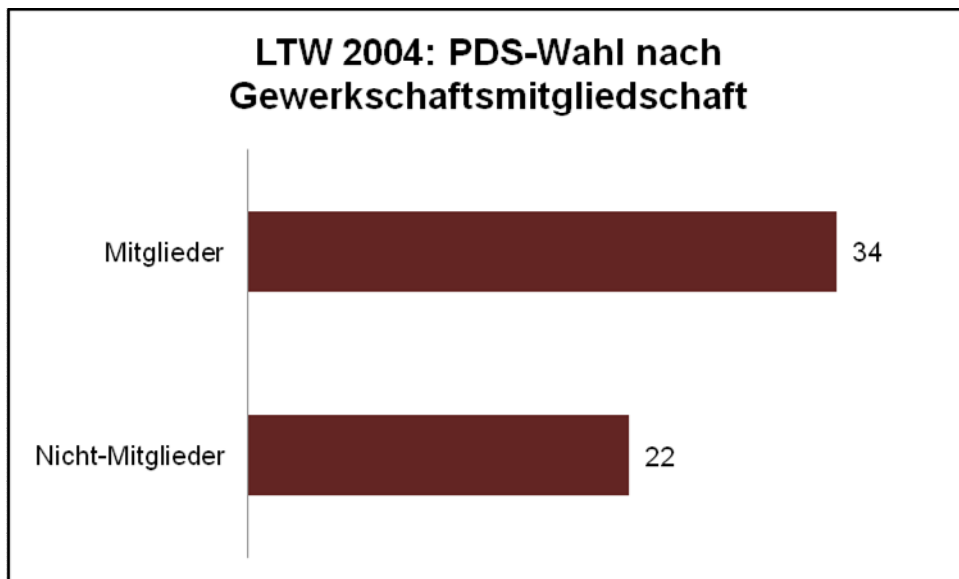
⁴³ Vgl. DIE LINKE 2008, a.a.O., Ziffer 34.



Quelle: DIW 2008 / Eigene Darstellung

Ein Zitat aus der DIW-Untersuchung: „Insbesondere Ostdeutsche, die sich in der Lokalpolitik oder einer Bürgerinitiative engagieren oder die ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten aktiv sind, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit Anhänger der Linken zu sein, als dies im ostdeutschen Durchschnitt der Fall ist. Dies trifft in verstärktem Maße für die Mitgliedschaft in einem Betriebsrat oder einer Gewerkschaft zu. Von den ostdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern, die sich einer Partei verbunden fühlen, sind über 40 Prozent Anhänger der Linken. Bei Mitgliedern von Betriebsräten ist dieser Anteil noch deutlich höher.“⁴⁴

Die Nachwahlbefragung von Infratest-dimap zur LTW 2004 bestätigt diese Aussage.



Quelle: Infratest-dimap 2004 / Eigene Darstellung

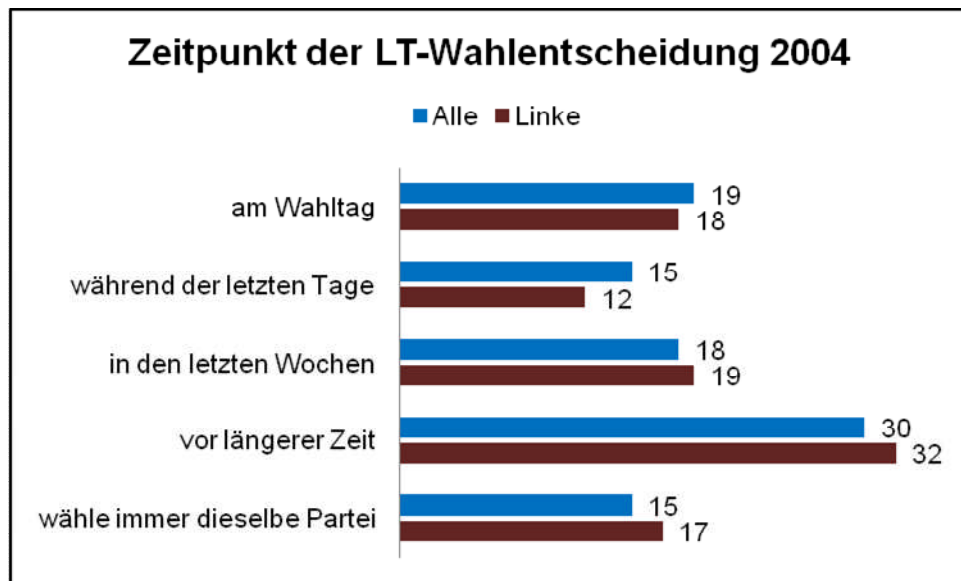
Die Wahlstrategie der Bundespartei formuliert zudem das Erfordernis, den letzten 48 Stunden der Wahlkämpfe besondere Aufmerksamkeit zu widmen.⁴⁵

Knapp ein Drittel der Wähler/-innen der PDS bei der LTW 2004 legten sich erst am Wahltag oder während der letzten Wochen fest. Für die LINKE in Sachsen heißt dies also: Sowohl die langfristig sich festlegenden Wähler/-innen dazu zu bringen, am Wahltag auch tatsächlich

⁴⁴ Aufgrund geringer Fallzahlen von Betriebsratsmitgliedern in den Befragungsdaten ist der genaue Wert jedoch mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Vgl. DIW 2008, a.a.O., S.632.

⁴⁵ Vgl. DIE LINKE 2008, a.a.O., Ziffer 33.

zur Wahl zu gehen als auch intensiv um diejenigen zu werben, die sich erst kurzfristig festlegen.



Quelle: Infratest-dimap 2004 / Eigene Darstellung

Themen und Kompetenzen

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt die Mobilisierung von Wähler/-innen im Vordergrund stand, soll es im nachstehenden Abschnitt, der bewusst kurz gehalten ist und auf graphische Darstellung fokussiert, um die thematische Kompetenz der LINKEN gehen.

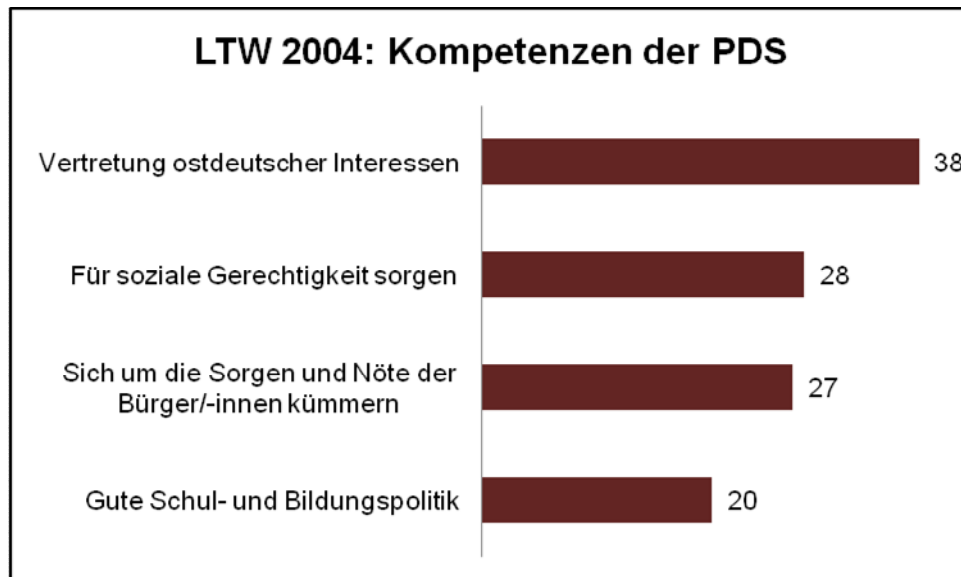
Bereits beim Abschnitt Wirtschaftliche Entwicklung/Soziale Gerechtigkeit wurde darauf hingewiesen, dass ökonomische Fragen eine zentrale Rolle im Wahlkampf spielen könnten. Ein Blick auf die Rangliste der wichtigsten Themen bei der LTW 2004 konkretisiert diese Annahme:



Quelle: Infratest-dimap 2004 / Eigene Darstellung

Angenommen wird, dass die vier wichtigsten Themen, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Entwicklung, soziale (Un)Gerechtigkeit sowie Bildung und Ausbildung im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stehen werden.

Deshalb wird von Bedeutung sein, wie die Kompetenzen der LINKEN sich in diesen Themenfeldern darstellen und wo Potenziale liegen. Dabei wurden zwei Analysen herangezogen. Zum einen die LTW-Auswertung von Infratest-dimap sowie die zum anderen die von der LINKEN selbst in Auftrag gegebene Befragung von sächsischen Bürger/-innen durch tns-ernid.



Quelle: Infratest-dimap 2004 / Eigene Darstellung

Bei der LTW 2004 (Grafik oben) lag die PDS in Sachen Bürger/-innennähe nur knapp hinter der regierenden CDU. Die Kompetenzführerschaft hatte die PDS bei der Vertretung ostdeutscher Interessen sowie bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Darüber hinaus war das Image und das Engagement als „Kümmerer-Partei“ ein wesentliches Motiv der Stimmabgabe der sächsischen Wähler/-innen für die damalige PDS.



Quelle: tns-ernid 2008 / Eigene Darstellung

Die von der LINKEN in Auftrag gegebene Befragung kommt bei allen Befragten, quer durch die politischen Präferenzen, zu der Erkenntnis, dass die LINKE in der Verbesserung der Lebensbedingungen für Kinder sowie der Familienförderung sehr hohe Kompetenzwerte hat. Thematisch können diese Felder zum einen als konkreter Ausdruck der Herstellung sozialer Gleichheit gesehen werden, zum anderen drückt sich darin der Stellenwert der beiden Themen im aktuellen politischen Diskurs aus.



Quelle: tns-ernid 2008 / Eigene Darstellung

Werden nur die Wähler/-innen der LINKEN gefragt, so fallen die Kompetenzwerte für die Partei in Sachsen naturgemäß um ein Vielfaches höher aus. Interessant sind hier die veränderten Stellenwerte der politischen Themen. So wird die Herstellung sozialer Sicherheit beispielsweise höher bewertet als z.B. die Familienförderung.

Insgesamt nehmen aber hier die Familienförderung und die Herstellung besserer Lebensbedingungen für Kinder einen zentralen Stellenwert ein.

Angesichts dieser Bedeutung der Kinder- und Familienpolitik sowie vor dem Hintergrund, dass zum Thema wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit bereits ausführliche Aussagen getroffen wurden (s.o.), soll abschließend ein kurzer Blick auf die inhaltliche Ausprägung möglicher Aussagen der LINKEN zur Kinder- und Familienpolitik geworfen werden.

Die Demografie-Enquetekommission des sächsischen Landtages⁴⁶ hat rechtzeitig vor dem Beginn des Wahljahres 2009 ihren Abschlussbericht einschließlich der obligatorischen Minderheitenvoten sowie der im Rahmen der Enquete-Tätigkeit vorgelegten Gutachten und Vorträge veröffentlicht. Es empfiehlt sich, diese sozio-demographischen Erkenntnisse in die elektorale und programmatische Vorbereitung des Wahljahres einfließen zu lassen.

Dies wird im nachstehenden abschließenden Exkurs exemplifiziert.

Exkurs: Kinder- und Familienpolitik

Obwohl die Kinder- und Familienpolitik bei der LTW 2004 überhaupt nicht in der Liste der wichtigen politischen Themen auftauchte, ist davon auszugehen, dass dieses Thema insbesondere im Bundestagswahlkampf aber ggf. auch im LT-Wahlkampf 2009 eine Rolle spielen wird. Dies liegt sowohl an den wegweisenden politischen Entscheidungen der Bundesregierung in den vergangenen Monaten als auch der besonderen Rolle die Bundesfamilienministerin von der Leyen im Wahlkampf für die CDU beim Kampf um weibliche, insbesondere urbane und moderne Wählerinnen sowie Mütter spielen wird.

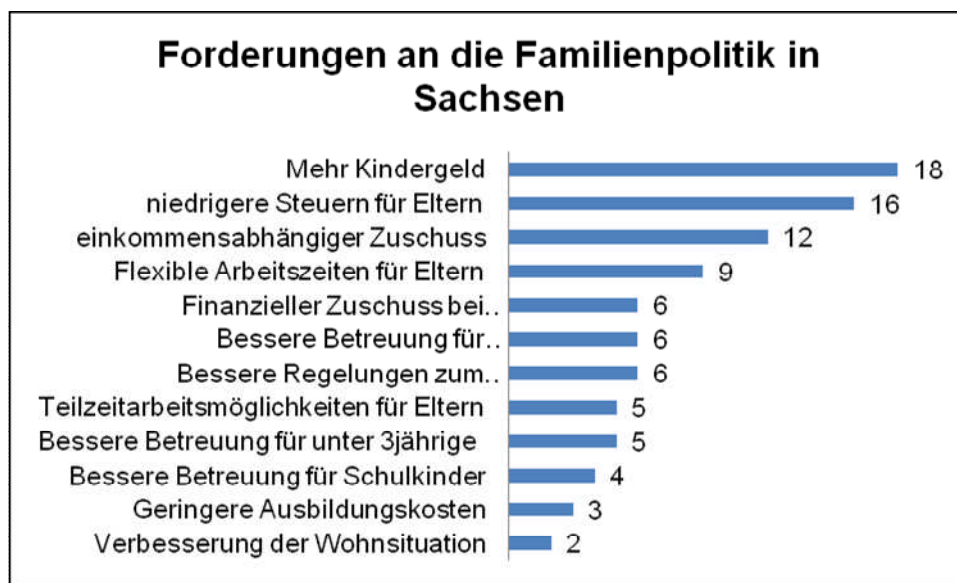
Wie sieht nun eine typische Familie in Sachsen aus? Es gibt einen großen Anteil an Alleinerziehenden. Zudem leben über zwei Drittel der Familien in Sachsen derzeit nur mit einem Kind unter 18 im Haushalt (Ostdeutschland: 66%). Nur 29,5% der Familien in Sachsen haben

⁴⁶ Enquete-Kommission des sächsischen Landtages „Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder“.

zwei Kinder. Mehrkinderfamilien drohen in Sachsen zu einer Seltenheit zu werden, denn nur 6% der Familien haben drei oder mehr Kinder.⁴⁷

Die Bevölkerung in Sachsen sieht eine Fremdbetreuung auch kleiner Kinder als unproblematisch an und findet die Rolle der nichtberufstätigen Hausfrau wenig attraktiv. Wenn das Thema angesprochen werden sollte, wäre daher die gute Betreuungssituation aufrechterhaltend zu thematisieren.

Spannend wird es eher dort, wo sich zeigt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Sachsen weniger an nicht vorhandenen Betreuungssituationen als vielmehr an unzureichenden Arbeitsmarktchancen scheitert. „Damit wäre die beste Familienpolitik für Sachsen eine gute, Arbeitsplätze schaffende Wirtschaftspolitik“.⁴⁸



Quelle: Hülskamp 2008, a.a.O. / Eigene Darstellung

„Befragt nach ihren Wünschen an die Familienpolitik, fordern Sachsen ganz klar eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation. Mehr Kindergeld, niedrigere Steuern oder einkommensabhängige Zuschüsse werden deutlich häufiger als im Westen genannt. Eine Unterstützung, um die Berufstätigkeit für Kinder aufgeben zu können, wird hingegen kaum gefordert, die Betreuungssituation stellt kein gravierendes Problem dar.“⁴⁹

Diese Erkenntnisse zu berücksichtigen und dementsprechend die Familienpolitik in die Themenfelder soziale Gerechtigkeit und Bildungspolitik zu integrieren dürfte eine inhaltliche Aufgabe im kommenden Wahlkampf sein.

* * *

⁴⁷ Nicola Hülskamp 2008, Hintergründe der niedrigen Geburtenraten in Sachsen. Kurzreferat zur Grundlagenarbeit der sächsischen Enquetekommission zur demographischen Entwicklung, gehalten am 11. Juli 2005.

⁴⁸ Hülskamp, a.a.O.

⁴⁹ Hülskamp, a.a.O.